

ERNÄHRUNGS

WENDE

EUROPÄISCHE  
FALLSTUDIEN

# **Öffentliche Kommunikation über das Ernährungsrisiko BSE in der Schweiz – ein Vorbild für Deutschland?**

Materialienband

Mag<sup>a</sup>. Gabriele Mraz, Mag<sup>a</sup>. Roswitha Hofmann,

Markus Gruber, Esther Egger-Rollig

unter Mitarbeit von Dipl.Ing<sup>in</sup>. Daniela Grabher und Dr. Martin Geser

Österreichisches Ökologie-Institut

Wien, Dezember 2005

„Ernährungswende – Strategien für sozial-ökologische Transformationen im gesellschaftlichen Handlungsfeld Umwelt-Ernährung-Gesundheit“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungsverbundes Ökoforum unter der Leitung des Öko-Instituts. Beteiligt sind folgende Verbundpartner:

- Öko-Institut e.V. – Institut für angewandte Ökologie
- Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)
- Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
- KATALYSE – Institut für angewandte Umweltforschung
- Österreichisches Ökologie-Institut

Nähere Informationen zum Forschungsvorhaben auf der Projekt-Website unter [www.ernaehrungswende.de](http://www.ernaehrungswende.de), dort finden Sie Diskussionspapiere und Materialienbände auch als pdf-Datei zum Download.

Das Projekt wird im Rahmen des Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis.....</b>	<b>III</b>
<b>1 Einleitung - Fragestellung und Zielsetzung.....</b>	<b>1</b>
<b>2 Methode .....</b>	<b>2</b>
<b>3 BSE-Politik in der Schweiz .....</b>	<b>3</b>
3.1 Politische Rahmenbedingungen der Schweiz .....	3
3.2 BSE in der Schweiz.....	4
3.2.1 Ökonomische Auswirkungen von BSE in der Schweiz.....	5
3.2.2 Politische Auswirkungen und Maßnahmen gegen BSE.....	7
3.3 Fazit – BSE-Politik in der Schweiz.....	12
<b>4 Die öffentliche Kommunikation der Schweizer Behörden über BSE als wesentlicher Teil des Krisenmanagements.....</b>	<b>13</b>
4.1 Öffentliche Ernährungskommunikation in der Schweiz.....	13
4.2 Medialer Diskurs zu BSE am Beispiel der NZZ.....	15
4.3 Kommunikation der Schweizer Behörden über BSE .....	17
4.3.1 Die Kommunikation des Bundesamts für Veterinärwesen BVET.....	18
4.3.2 Die Kommunikation der BSE-Einheit .....	20
4.3.3 Fazit: Kommunikation der Schweizer Behörden über BSE.....	21
<b>5 BSE-Politik und Kommunikation aus Sicht von AkteurInnen aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft .....</b>	<b>22</b>
5.1 Schweizer Bauer (Fachzeitschrift und Internetportal).....	22
5.1.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden.....	23
5.1.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen .....	24
5.2 Schweizerischer Bauernverband (Dachorganisation) .....	24
5.2.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden.....	25
5.2.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen .....	25
5.3 Kagfreiland (Bioverband und Nutztierschutzorganisation) .....	26
5.3.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden.....	26
5.3.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen .....	27
5.4 rinderwahnsinn.ch .....	28
5.4.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden.....	29
5.4.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen .....	30
5.5 Schweizer Vereinigung für Vegetarismus.....	30
5.5.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden.....	30
5.5.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen .....	31
5.6 Konsumentenforum .....	32
5.6.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden.....	32
5.6.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen .....	33
5.7 Stiftung für Konsumentenschutz.....	34
5.7.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden.....	34

---

5.7.2	Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen .....	35
<b>5.8</b>	<b>Agro-Image.....</b>	<b>35</b>
<b>5.9</b>	<b>Landwirtschaftsschule.....</b>	<b>36</b>
5.9.1	Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden.....	36
<b>5.10</b>	<b>Fazit: BSE-Politik und Kommunikation aus Sicht von AkteurInnen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft.....</b>	<b>37</b>
<b>6</b>	<b>Good Practice in Politik und öffentlicher Kommunikation über BSE in der Schweiz.....</b>	<b>41</b>
6.1	Ausrichtung der BSE-Politik am Vorsorgeprinzip .....	42
6.2	Proaktive Risikokommunikation der öffentlichen Stellen .....	42
6.2.1	Herstellung von Vertrauen.....	44
6.3	Struktureller und inhaltlicher Politikwandel.....	44
6.4	Politikberatung durch ExpertInnen.....	45
6.5	Ausblick .....	45
<b>7</b>	<b>Glossar .....</b>	<b>46</b>
<b>8</b>	<b>Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>46</b>
<b>9</b>	<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>46</b>
<b>10</b>	<b>Literatur .....</b>	<b>46</b>

## 1 Einleitung - Fragestellung und Zielsetzung

Die vorliegende Untersuchung ist Teil des Projekts Ernährungswende und verknüpft mit dem vierten thematischen Modul „Ernährung und Öffentlichkeit“, im Rahmen dessen die öffentliche Ernährungskommunikation in Deutschland über das Ernährungsrisiko BSE untersucht wurde. Ausgangspunkt des vierten Moduls ist, dass anhand der öffentlichen Kommunikation über das Krisenthema BSE Strukturelemente und Handlungspotenziale für die Ernährungskommunikation erschlossen werden können. Ziel ist die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen, wie die Politik entsprechende gesellschaftliche Verständigungsprozesse für eine zukunftsfähige Ernährung in Deutschland anstoßen kann. (Rehaag und Waskow 2005: 3f)

Ausgehend von der Fragestellung des vierten Moduls sollten im Rahmen der hier vorliegenden Untersuchung Good Practice Beispiele aus anderen europäischen Ländern für einen Vergleich mit der deutschen Situation untersucht werden. Aufgrund der These, dass der politische Umgang mit BSE in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern vorbildhaft abgelaufen ist - so hoben beispielsweise sowohl die EU als auch Ministerin Künast die Vorbildwirkung der Schweiz hervor (vgl. z.B. EU 2000, SZ 04.05.2001) -, wurde der Fokus der Untersuchung auf die Frage gelegt, inwiefern das BSE-Krisenmanagement und die damit verbundene öffentliche Kommunikation in der Schweizer Politik im Vergleich zu Deutschland als beispielgebend angesehen werden kann.

Das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es somit eine Vergleichsperspektive zu liefern, indem die öffentliche Kommunikation über BSE in der Schweiz mit dem Ziel Good Practice-Aspekte für das Projekt Ernährungswende in Deutschland zu identifizieren analysiert wird.

Zu diesem Zweck wurden die strukturellen Bedingungen der Schweizer BSE-Politik und Kommunikation sowie strukturelle Änderungen in der Schweizer Politik aufgrund der BSE-Krise wie z.B. die Umstrukturierung von Politikressorts, geänderte Zuständigkeiten, Gründung von Krisenstäben, Gesetzesänderungen etc. erhoben. In Verbindung mit den strukturellen Aspekten wurden die Kommunikationsstrategien der öffentlichen Stellen sowie weiterer relevanter AkteurInnen im BSE-Diskurs untersucht.

Der vorliegende Bericht beschreibt zunächst die Methode der Untersuchung des Schweizer Fallbeispiels. Daran anschließend werden Politik und politische öffentliche Kommunikation zur BSE-Krise und deren Rahmenbedingungen dargestellt. Zum Abschluss werden die erhobenen Daten auf Good Practice für Deutschland geprüft.

## 2 Methode

Für die Beantwortung der Fragestellung wurden mehrere Herangehensweisen gewählt. In einem ersten Schritt wurde die Chronologie der Ereignisse seit Auftreten von BSE in der Schweiz recherchiert, um einen Überblick über die beteiligten AkteurInnen und über die gesetzten politischen Maßnahmen insbesondere auf Verwaltungsebene v.a. im Hinblick auf Kern-Ereignisse zu erhalten.

Um zu eruieren, welche AkteurInnen am medialen Diskurs zu BSE teilgenommen haben, wurde ein Medium der Schweizer Printlandschaft ausgewählt (siehe Kapitel 4.2) und auf die Häufigkeit der Nennungen hin analysiert.

Aufgrund der Ergebnisse dieser Analyse wurden von den am häufigsten genannten Gruppen von AkteurInnen Kontaktpersonen recherchiert und mit diesen telefonische Interviews entlang eines Frageleitfadens geführt.

Mittels Leitfaden wurden folgende Themenblöcke abgefragt:

- Charakterisierung und Positionierung der interviewten Organisation bzgl. BSE
- Einschätzung der Arbeit der Behörden bzgl. Umgang mit und Kommunikation über BSE, Einschätzung der Maßnahmen „BSE-Einheit“
- Beteiligung der verschiedenen AkteurInnen an der öffentlichen Kommunikation über BSE, Partizipationsmöglichkeiten
- Stellenwert von Nachhaltigkeit
- Empfehlungen für Deutschland

Aufgrund der ExpertInneninterviews und weiterer recherchierter Materialien und Dokumente zum Thema BSE aus dem öffentlichen Bereich wurden abschließend jene Punkte identifiziert, die im Vergleich zu Deutschland Good Practice darstellen können. Dazu wurde das gesamte vorliegende Material (Dokumente und Berichte aus der Politik, wissenschaftliche Studien, Transkripte leitfadengestützter Interviews mit ausgewählten ExpertInnen, Marktdaten und Verbrauchsstatistiken, Berichterstattung in ausgewählten Massenmedien) den im Rahmen des Moduls „Ernährung und Öffentlichkeit“ identifizierten Schwachstellen bzw. Defiziten der öffentlichen, insbesondere der politischen Ernährungskommunikation gegenübergestellt (vgl. Rehaag und Waskow 2005: 125 f.)

### 3 BSE-Politik in der Schweiz

Dieses Kapitel bietet einen Überblick über die Schweizer Politik zu BSE und ihre Auswirkungen auf Maßnahmen in anderen Ländern. Zur einleitenden Orientierung wird ein kurzer Abriss über die Rahmenbedingungen des Schweizer politischen Systems gegeben, vor allem im Hinblick auf die Strukturierung des Politikfeldes Landwirtschaft und Ernährung.

#### 3.1 Politische Rahmenbedingungen der Schweiz

Die Schweiz mit einer Fläche von 41.293 km<sup>2</sup> und 7.317.873 EinwohnerInnen (20 % AusländerInnenanteil) ist föderalistisch organisiert und gliedert sich in die drei politischen Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden.

Die Kantone (Stände) sind die ursprünglichen Staaten, die sich 1848 zu einem Bundesstaat zusammengeschlossen haben. Jeder Kanton hat eine eigene Verfassung, eine eigenes Parlament, eine eigene Regierung und eigene Gerichte. Der Umfang der Gemeindeautonomie wird durch die einzelnen Kantone bestimmt und ist deshalb sehr unterschiedlich.

Die Schweiz verfügt über eine grundsätzlich andere demokratische Struktur als andere europäische Länder. Das Schweizer Volk (der Souverän) ist nicht nur laut Bundesverfassung die oberste politische Instanz, es existiert auch ein entsprechendes Selbstverständnis der BürgerInnen, über direkt-demokratische Verfahren wie Initiativ-, Referendums- und Petitionsrechte auf das politische und verwaltungstechnische Geschehen Einfluss nehmen zu können. Mittels Initiativrecht können die BürgerInnen einen Volksentscheid über eine von ihnen gewünschte Änderung der Bundesverfassung verlangen, durch das Referendumsrecht über einen Parlamentsentscheid im nachhinein abstimmen, und durch das Petitionsrecht jederzeit Bitten, Anregungen und Beschwerden an die zuständigen Behörden richten, die üblicherweise auf jede Petition antworten. Für alle Änderungen in der Bundesverfassung ist eine Volksabstimmung obligatorisch. (Bundeskanzlei 2004)

Auf Bundesebene existieren sieben Departments, denen jeweils ein Bundesrat/eine Bundesrätin vorsteht. Gemeinsam bilden die BundesrätInnen die Schweizer Bundesregierung. Ernährungs-, Gesundheits- und Landwirtschaftsfragen sind auf Bundesebene über das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) geregelt.

Während es Bundesämter für landwirtschaftliche Belange gibt, ist den unterschiedlichen Departments in der Schweiz keine zentrale Einrichtung für Ernährungsbelange untergeordnet. Ernährungsfragen werden sowohl vom Bundesamt für Landwirtschaft als auch vom Bundesamt für Gesundheit und dem Bundesamt für Veterinärwesen entsprechend ihrer Kernaufgaben behandelt.

Das Bundesamt für Landwirtschaft und das Bundesamt für Veterinärwesen beschäftigen sich vorrangig mit Themen der Lebensmittelsicherheit, wobei das BLW den Fokus auf Lebens

mittel pflanzlicher Herkunft und das BVET auf Lebensmittel tierischer Herkunft legt. (BLW 2004, BVET 2004/2)

Im Bundesamt für Gesundheit ist die Facheinheit für Lebensmittelsicherheit angesiedelt. Sie ist in die Abteilungen Lebensmittelwissenschaft und Vollzug des Lebensmittelrechts unterteilt und beschäftigt sich mit Ernährung, Pflanzenschutzmitteln, Lebensmitteltoxikologie etc. Was und wie viel die Schweizerinnen und Schweizer essen sollen beschäftigt die Fachstelle Ernährung. (BAG 2004)

Die ebenfalls dem BAG zugeordnete Fachstelle für Gesundheit und Umwelt koordiniert den „Aktionsplan Umwelt und Gesundheit“. Ziel ist es ein breites Publikum zu motivieren das eigene Umwelt- mit dem eigenen Gesundheitsverhalten im Alltag zu verknüpfen und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Dazu wurden die drei Schwerpunktbereiche „Natur und Wohlbefinden“, Mobilität und Wohlbefinden“ und „Wohnen und Wohlbefinden“ definiert. Schlüsselfaktoren im Bereich „Natur und Wohlbefinden“ sind das Ernährungs- und Konsumverhalten der Bevölkerung. Derzeit laufen Pilotprojekte zu den drei Schwerpunktbereichen. (APUG 2004)

Aufgrund der dargestellten Fragmentierung des Ernährungsbereichs auf politischer Ebene entsteht zwischen den einzelnen Institutionen in vielen Fällen ein Abstimmungsbedarf, was den Umgang mit Ernährungsrisiken beeinflusst.

### 3.2 BSE in der Schweiz

Um den politischen Handlungsbedarf beurteilen zu können, folgt eine Darstellung des BSE-Aufkommens in der Schweiz.

Der erste BSE-Fall in der Schweiz trat 1990 auf. Seitdem waren in jedem Jahr Fälle zu verzeichnen (siehe Abbildung 1). Die Tendenz war zunächst (bis 1995) steigend, dann fallend. Mit Beginn der aktiven BSE-Überwachung in Form des Untersuchungsprogramms Total ab 1999 stieg die Zahl der positiven Fälle kurzfristig wieder deutlich an. Zu dieser Steigerung hat auch die erhöhte Aufmerksamkeit von TierärztInnen und LandwirtInnen gegenüber BSE beigetragen, die zu einer Zunahme der Verdachtsfälle führte. (BVET 2004/2) Seit dem Jahr 2003 ist die Tendenz wieder fallend.

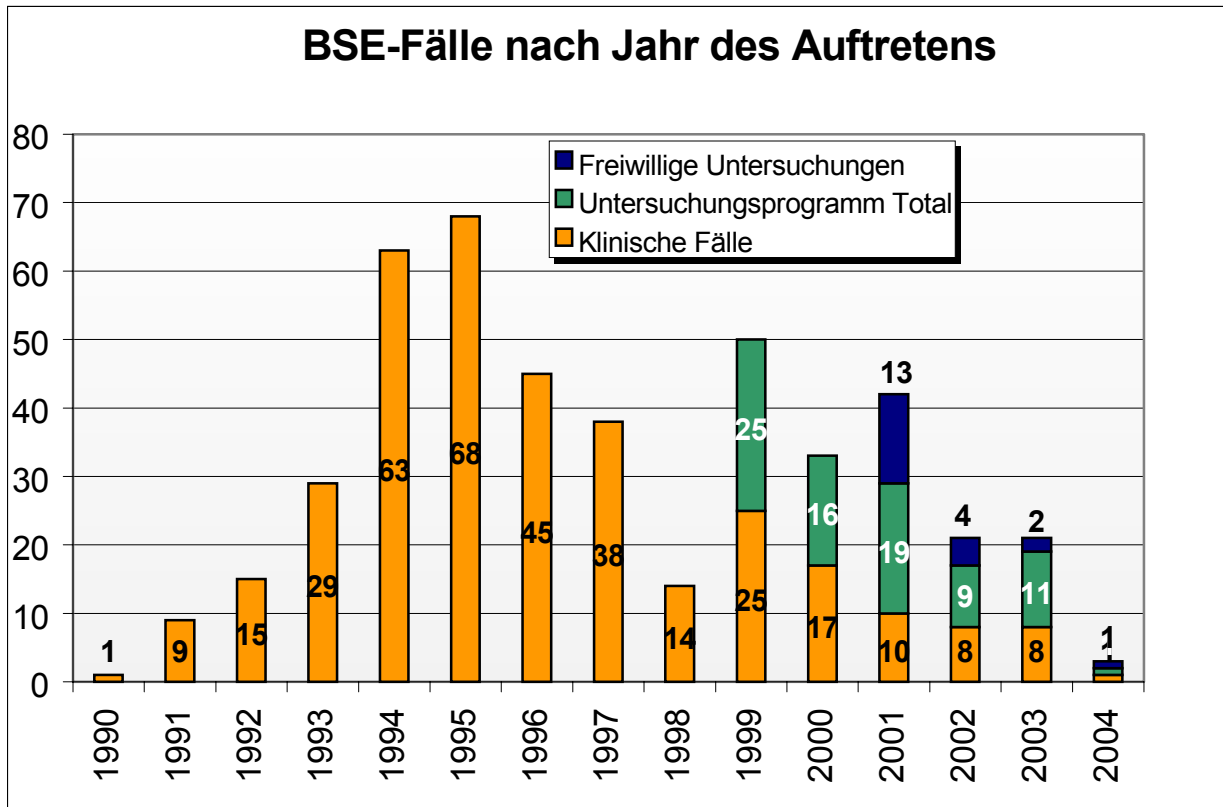
Durch die aktive BSE-Überwachung wurden die Fälle in drei Gruppen geteilt, nämlich in Klinische Fälle, Fälle aus dem Untersuchungsprogramm Total (UP) und Fälle aus freiwilligen Untersuchungen. Klinische Fälle umfassen nur erkrankte tote Tiere, bei denen ein Verdacht auf BSE besteht. Im Untersuchungsprogramm Total müssen neben den klinischen Verdachtsfällen alle krankgeschlachteten, umgestandenen<sup>1</sup> und aufgrund von Unfällen getöteten Rinder sowie eine gewisse Anzahl der Normalschlachtungen auf BSE untersucht werden. Freiwillige Untersuchungen werden seit 2001 zusätzlich zu den klinischen Fällen und zum UP durchgeführt (siehe auch weiter unten).

---

<sup>1</sup> umgestanden = verendet



Abbildung 1: BSE-Fälle nach Jahr des Auftretens (BVET 2005)



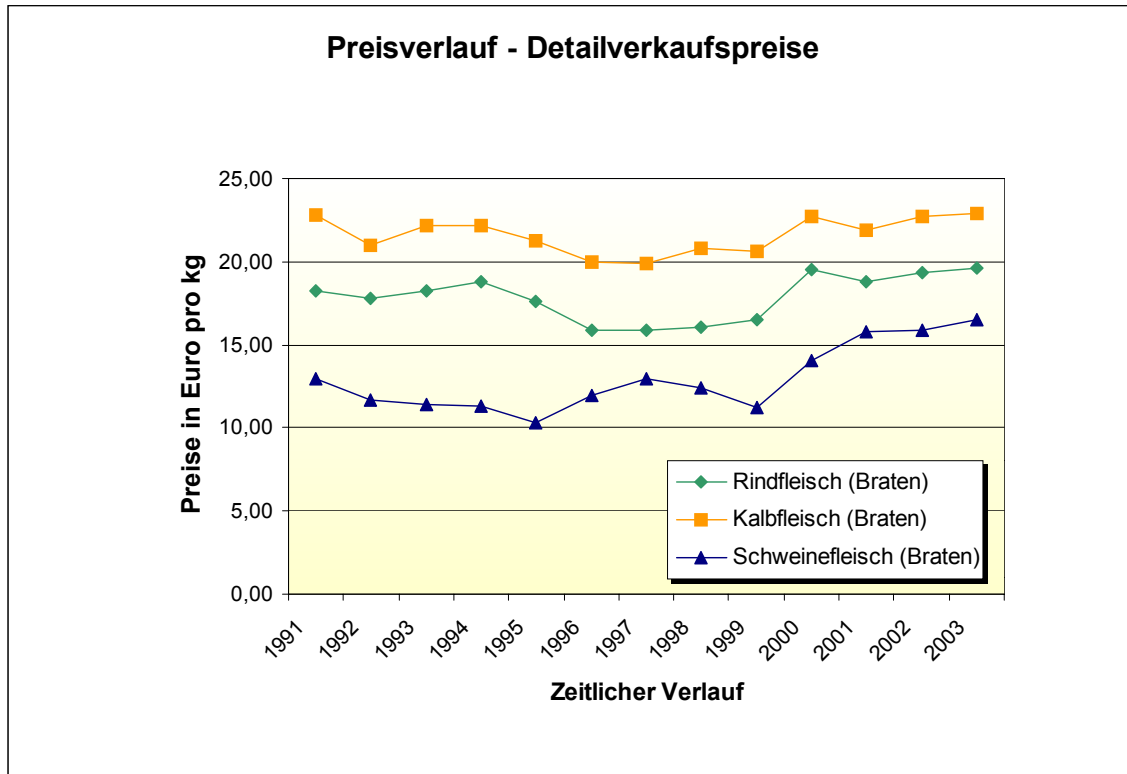
### 3.2.1 Ökonomische Auswirkungen von BSE in der Schweiz

Die BSE-Krise hatte – wie in anderen Ländern - insbesondere auf den Rindviehbestand und den Fleischpreis negative Auswirkungen, wobei Ereignisse in anderen Ländern auch Auswirkungen auf die Schweiz zeigten: „*Wir hatten gedacht, dass wir 96 die Krise bewältigt haben, hatten wir auch, die Preise haben sich erholt bis 2- ich glaub es war 2000. Und dann kam Deutschland, wieder, und dann mussten wir wieder von vorne anfangen. Weil die Leute schauen die Deutschen Kanäle und sehen dann all diese Bilder und können dann das nicht mehr auseinander halten.*“ (SB 2004/1: 207-210).

Der Rindviehbestand in der Schweiz betrug 1989 1.850.300 Stück und erreichte 2003 mit 1.570.113 Stück (- 15,1 %) seinen Tiefpunkt trotzdem die Krise bereits im Abklingen war.

Die Anzahl der geschlachteten Rinder ging im Zeitraum 1991 bis 2003 von 503.299 Stück um 25 % auf 374.978 Stück zurück. Im gleichen Zeitraum verringerte sich auch der Gesamt-Rindfleischkonsum um 21 %. Das entspricht einer Abnahme des Pro-Kopf-Verbrauchs von 13,97 kg (1991) auf 10,15 kg (2003). Der Tiefststand lag im Jahr 2001 als die BSE-Fälle wieder zunahmen bei 9,73 kg pro Kopf. (Proviande 2003)

Abbildung 2: Preisverlauf von Rindfleischpreisen (Proviande 2003)



Umrechnungskurs: € 1 = 1,5338 CHF vom 2.9.2004 (Quelle: <http://www.oenb.at>)

Der Preis für Rindfleisch hatte einige Einbrüche zu verzeichnen. Der Einbruch 1996 entstand durch die Bestätigung der Übertragbarkeit auf den Menschen und dauerte bis 1999 an. Im Jahr 2000 erholte sich der Marktpreis ein wenig, trotz eines kurzen Einbruchs aufgrund der deutschen BSE-Fälle:

Generell hat die Anzahl der Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz von 1990 bis 2000 um 24 % zugenommen. Sowohl der Pflanzenbau als auch die Tierhaltung konnten gegenüber 2000 um 5 % mehr produzieren. Der Preisverfall Ende 2000 beeinflusste das Gesamtergebnis kaum.

Den landwirtschaftlichen Betrieben geht es gegenwärtig dennoch nicht gut. Das Gesamteinkommen (aus Landwirtschaft inkl. Erwerbstätigkeit) ist seit Anfang der 90er-Jahre um 8 % gefallen, die NettounternehmerInneneneinkommen (nur aus Landwirtschaft) sogar um 13 %. Die Einnahmen aus der Milchproduktion sinken, was ebenfalls zu einer Reduktion des Einkommens beiträgt. Die Existenz von ungefähr 13 % der Betriebe ist langfristig gefährdet. (BLW 2001, BLW 2003)

### 3.2.2 Politische Auswirkungen und Maßnahmen gegen BSE

Die Schweizer Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung von BSE ergriffen. Die wesentlichsten Aktivitäten sind in der folgenden Tabelle aufgelistet. Interessant ist hier vor allem der Zeitpunkt, zu dem die Maßnahmen gesetzt wurden, denn bei vielen Maßnahmen war die Schweiz Vorreiter in Europa, wie aus der Maßnahmenbeschreibung im Anschluss an die Übersichtstabelle hervorgeht.

Tabelle 1: Maßnahmen der Schweizer Regierung gegen BSE (BVET 2004)

<i>Datum</i>	<i>Maßnahme</i>
Juni 1990	Einfuhrverbot für Rinder und Produkte aus Großbritannien
8.11.1990	Entfernung von Risikomaterial aus der Lebensmittelkette
1.12.1990	BSE wird zur meldepflichtigen Seuche erklärt; Fütterungsverbot von tierischen Mehlen an Wiederkäuer
Februar 1993	Sichere Behandlung tierischer Abfälle
Mai 1996	Entfernung von Risikomaterialien aus der Futtermittelkette
September 1996	Nachkommenkeulung (Tötung aller direkten Nachkommen von BSE-verseuchten Kühen)
Dezember 1996	Herdenkeulung (Tötung aller vor dem 1.12.1990 geborenen Tiere in Beständen, in denen BSE aufgetreten ist); keine Tier(product)importe mehr aus Ländern ohne Tiermehlfütterungsverbot
Jänner 1998	Verbot bestimmter Herstellungsverfahren im Lebensmittelbereich (Separatorenfleisch, Risikoorgane)
Juli 1998	Registrierung der Kohortentiere; Entfernung weiterer Risikomaterialien aus der Lebensmittelkette; Behandlung von Fett und Knochen
Jänner 1999	Aktive BSE-Überwachung (Untersuchungsprogramm Total), Einführung der BSE-Schnelltests
Juli 1999	Kohortenkeulung statt Herdenkeulung (Tötung aller Rinder des Betriebs in dem das betroffene Tier geboren und aufgezogen wurde, die ein Jahr vor und ein Jahr nach der Geburt des an BSE erkrankten Tieres geboren sind, Verbrennung dieser Tierkörper)
November 2000	Nulltoleranz für Tiermehle in Wiederkäuerfutter
Jänner 2001	Fütterungsverbot von Mehlen tierischer Herkunft an alle Nutztiere; Vorschriften für BSE-Laboratorien
Februar 2001	Einsetzung der BSE-Einheit

<i>Datum</i>	<i>Maßnahme</i>
April 2001	Maßnahmen im Schlachthof
Mai 2003	Nicht alle Nachkommen werden getötet, nur die direkten Nachkommen der verseuchten Kühe, die in den zwei Jahren vor der Diagnose geboren wurden

### *Fütterungsverbote*

Nachdem Tiermehl als mögliche Ursache für die Übertragung von BSE identifiziert wurde, wurde im Dezember 1990 ein Fütterungsverbot von tierischen Mehlen an Wiederkäuer erlassen. In der EU wurde diese Maßnahme erst vier Jahre später getroffen. Im Mai 1996 wurden weitere Risikomaterialien im Tierfutter verboten. Im Dezember 1996 wurde ein Verbot für Importe von Tierprodukten aus Ländern ohne Tiermehlfütterungsverbot ausgesprochen.

Im Jahr 2000 wurde in der Schweiz erkannt, dass auch Rinder, die nach dem Verfütterungsverbot von Tiermehl an Wiederkäuer geboren wurden, mit BSE infiziert sein können ("Born after the Ban"). Daraufhin wurde im November 2000 die Nulltoleranz für Tiermehle im Wiederkäuerfutter ausgerufen, nachdem die bisherigen Regelungen offenbar nicht ausreichend waren, um Tiermehl im Rinderfutter zu verhindern.

Kurz darauf, im Jänner 2001, wurde von der EU ein Tiermehlfütterungsverbot für alle Nutztiere ausgesprochen, nachdem der Verdacht von Kreuzkontaminationen über Hühner- und Schweinefutter, die Tiermehl enthalten durften, aufgekommen war. (BVET 2004)

### *Maßnahmen im Lebensmittel- und Kosmetikbereich*

Laut BVET (2004/2) bewies die Schweizer Politik innovativen Charakter, indem sie bereits 1990 als erstes Land auf dem europäischen Festland<sup>2</sup> die Verwendung von Risikomaterialien wie etwa Gehirn, Rückenmark, Thymus und Milz in der Lebensmittelkette verboten hatte (England verbot dies bereits 1989). Dies geschah zu einem Zeitpunkt, an dem die Übertragbarkeit auf den Menschen noch nicht gesichert war (dies war erst 1996 der Fall). Die Risikomaterialien dürfen heute in der Schweiz weder in der Lebensmittelkette, noch für die Herstellung von Gelatine, Talg, Medikamenten oder Kosmetika verwendet werden.

### *Aktive BSE-Überwachung*

Bis 1999 musste sich die BSE-Überwachung allein auf die Verdachtsmeldungen der TierärztInnen und BäuerInnen stützen, da noch kein zuverlässiger Schnell-Test verfügbar war. Nachdem ab 1999 Schnell-Tests zur Verfügung standen, wurde im Januar 1999 das Untersuchungsprogramm Total eingeführt, das die Testung aller verendeten, nach Unfall getöteten und krank geschlachteten Rinder beinhaltet. Bei diesen Tieren ist die Wahrscheinlichkeit am

---

<sup>2</sup> europäisches Festland = ohne England

größten, BSE-Infektionen zu finden. Eine Stichprobe normaler Schlachttiere, die älter als 30 Monate sind, ergänzt das Programm. Durch die Einführung der BSE-Tests stieg die Zahl der nachgewiesenen BSE-Fälle, die vor 1999 gesunken war, kurzfristig wieder an, was von Seiten des BVET unter anderem mit erhöhter Aufmerksamkeit von TierärztInnen und LandwirtInnen erklärt wird. (BVET 2004/2)

Da es von der Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit durchschnittlich vier bis sechs Jahre dauert und der Schnelltest erst etwa sechs Monate vor dem Auftreten der BSE-Symptome reagiert, werden nur Tiere untersucht, die älter als 30 Monate sind.

Der Großteil der Rinder wird geschlachtet, bevor die Krankheit ausbrechen kann, die Infektion kann also nur mit dem Test festgestellt werden. Kontrovers diskutiert wird der Punkt, dass die Tests nur bei einer genügend großen Prionen-Konzentration anschlagen. Diese Konzentration wird von Rindern erst nach einer Inkubationszeit von 24 bis 30 Monaten erreicht. Die Dauer der Mast bei Rindern beträgt aber nicht mehr als 24 Monate.

Zwischen 2001 und Januar 2005 ließen auch die Großverteiler Migros und Coop Rinder, die älter als 24 Monate sind, auf BSE untersuchen. Im Durchschnitt wurden dabei circa 150.000 Tiere pro Jahr untersucht. Die Großverteiler stellten im Januar 2005 diese freiwilligen BSE-Tests ein, da die Fallanzahl stark zurückgegangen war und die Tests das Fleisch unnötig verteuern würden. (BVET 2005, SB 2005)

Laut BVET (2004/2) war die Schweiz das erste Land der Welt, das ein solches Untersuchungsprogramm einführte.

Ab dem Jahr 2001 mussten alle EU-Mitgliedstaaten ein Überwachungsprogramm für BSE einrichten, das dem Schweizer Vorbild entspricht, d.h. die Untersuchung für alle über 24 Monate alten Rinder, die verendet, notgeschlachtet oder aufgrund von Verletzungen getötet werden mussten, verbindlich machen. Die EU argumentierte dies damit, dass bei dem Schweizer Überwachungsprogramm festgestellt wurde, dass bei den überwachten Tieren die Wahrscheinlichkeit der BSE-Diagnose am höchsten war und die Nachweisquote somit um 50 % erhöht werden könnte. (EU 2000)

Der Verein rinderwahnsinn.ch kritisierte im November 2000 auf seiner Homepage, dass das BVET behauptete, die Maßnahmen der Schweiz gingen weiter als diejenigen der EU. Tatsache ist laut rinderwahnsinn.ch, dass EU-Kommission und Parlament mit 2001 flächendeckende BSE-Tests<sup>3</sup> einführen wollten, während sich das BVET immer noch weigere, dies anzunehmen. (RW 2000) Die EU hat jedoch die flächendeckenden Tests nicht eingeführt, es gilt nach wie vor das aktive Untersuchungsprogramm.

---

<sup>3</sup> Anmerkung: in der Schweiz werden die Tests nicht flächendeckend durchgeführt, sondern nur für eine Stichprobe der gesunden Tiere.

### *Keulung*

Als erste Maßnahme zur Tötung von potenziell befallenen Rindern wurde im September 1996 die Nachkommenkeulung, die Tötung aller direkten Nachkommen von BSE-verseuchten Kühen, eingeführt. Kurz darauf, im Dezember 1996, wurde sie durch die Herdenkeulung ersetzt, bei der alle vor dem 1.12.1990 geborenen Tiere in Beständen, in denen BSE aufgetreten ist, getötet wurden.

Aufgrund der Daten, die aus dem im Jänner 1999 eingeführten aktiven Untersuchungsprogramm gewonnen werden konnten, wurde die Herdenkeulung durch die Kohortenkeulung ersetzt. Dies bedeutet die Tötung aller Rinder des Betriebs, in dem das betroffene Tier geboren und aufgezogen wurde, die ein Jahr vor und ein Jahr nach der Geburt des an BSE erkrankten Tieres geboren sind, und die Verbrennung dieser Tierkörper.

Der Umgang der Schweiz mit der Keulung galt für Ministerin Künast als vorbildliche Maßnahme. (SZ 04.05.2001)

Das internationale Tierseuchenamt OIE empfiehlt inzwischen ausschließlich die Kohorten- und nicht mehr die Herdentötung (BVET 2004/1), der SSC<sup>4</sup> ebenso.

### *Einrichtung der BSE-Einheit*

Nachdem im Jahr 2000 erkannt wurde, dass auch Rinder, die nach dem Verfütterungsverbot von Tiermehl an Wiederkäuer geboren wurden, mit BSE infiziert waren („Born after the Ban“), ging im Spätherbst 2000 vom Bundesrat die Initiative zur Gründung der BSE-Einheit aus, um ein zentrales Kontrollorgan zu installieren, das die konsequente Umsetzung der Maßnahmen überwachen soll.

Im Oktober 2001 nahm die auf fünf Jahre befristete BSE-Einheit ihre Arbeit auf. Sie ist den drei Bundesämtern für Gesundheit, Landwirtschaft und Veterinärwesen angegliedert, der Verwaltungspräsident der BSE-Einheit ist der Direktor des BVET.

Aufgabe der BSE-Einheit ist es, gemeinsam mit den Branchen, Interessensverbänden, Kantonen und Kontrollpersonen für die Lücken im Vollzug der BSE-Maßnahmen Lösungen zu finden.

---

<sup>4</sup> Das SSC (Scientific Steering Committee) wurde im Jahr 1997 gegründet und hatte unter anderem das Ziel im Bereich BSE Risikomanagement zu betreiben. Am 16.4.2003 hatte das SSC seine letzte Sitzung. Die Agenden der SSC werden seither von der European Food Safety Authority (EFSA) bearbeitet. (EU 2004)

Zu ihrem Aufgabenbereich gehören:

- Oberste Kontrolle über den Vollzug der Maßnahmen zu BSE
- Analyse des gesamten Warenflusses: wo sind die BSE-relevanten Kontrollpunkte (nach HACCP<sup>5</sup>) – die Bestandsaufnahme wird mit den Betroffenen durchgeführt, Erarbeiten von Lösungen
- Information der Öffentlichkeit
- Beratung der Ämter
- Weiterbildung für Kontrollorgane (Lehrauftrag)

Die BSE-Einheit umfasst etwa 20 Personen, die in sechs Teams zu den folgenden Themen arbeiten: Futtermittel, Lebewesen, Schlachthanlagen, Entsorgung, Lebensmittel und Kosmetika, Testen. Zusätzlich besteht die BSE-Einheit aus der Leitung und dem Bereich Kommunikation.

Im ersten Jahresbericht wurden die Resultate eines Jahres Kontrollarbeit vorgestellt. Die Verunreinigungen des Futters mit tierischem Material sanken auf 1,5 %. Die neun inspizierten Laboratorien, die BSE-Tests durchführen, wiesen durchwegs einen hohen Qualitätsstandard auf. Kontrollen in den Schlachthöfen, Zerlegereien und Entsorgungsbetrieben zeigten hingegen, dass die Maßnahmen noch nicht konsequent umgesetzt wurden. (BSE-JB 2003)

Im Jahresbericht 2004 werden weitere Fortschritte dokumentiert. So hat die Verunreinigung des Futters weiter abgenommen auf 0,3 %. Die Maßnahmen wurden aber immer noch nicht mit der nötigen Konsequenz umgesetzt. (BSE-JB 2004)

Die BSE-Einheit ist eine bundesweite Task Force, dies ist für Schweizer Verhältnisse unüblich, da die Zuständigkeit für die Umsetzung von Maßnahmen bisher bei den Kantonen lag. Damit wurde den Kantonen ein Stück ihre Autonomie in Sachen BSE-Management entzogen.

---

<sup>5</sup> Hazard Analysis Critical Control Point

### 3.3 Fazit – BSE-Politik in der Schweiz

Ihren Ruf als Vorbild in Sachen BSE hat die Schweiz offenbar aufgrund einiger getroffener Maßnahmen, die auch teilweise als Vorbild für EU-Regelungen dienten, erhalten. Diese Maßnahmen orientieren sich an einem vorsorgenden Risikokonzept:

- Die Schweiz verbot 1990 als erstes Land auf dem europäischen Festland die Verwendung von Risikomaterialien wie etwa Gehirn, Rückenmark, Thymus und Milz in der Lebensmittelkette (England verbot dies bereits 1989). Dies geschah zu einem Zeitpunkt, an dem die Übertragbarkeit auf den Menschen noch nicht gesichert war (dies war erst 1996 der Fall).
- Weiters führte die Schweiz vier Jahre vor der EU Fütterungsverbote für Tiermehl an Wiederkäuer ein (1990 versus 1994 in der EU). Auch in der Einführung des Fütterungsverbots von Tiermehl an alle Nutztiere war die Schweiz schneller als die EU (2000 versus 2001).
- Die aktive BSE-Überwachung in Form des Untersuchungsprogramms Total diente der EU als Vorbild, um ein EU-weiten Überwachungsprogramms ab 2001 einzuführen.
- Die Einführung der Kohortenkeulung (Tötung aller Rinder des Betriebs, in dem das betroffene Tier geboren und aufgezogen wurde, die ein Jahr vor und ein Jahr nach der Geburt des an BSE erkrankten Tieres geboren sind, und die Verbrennung dieser Tierkörper) wurde von Ministerin Künast als vorbildlich bezeichnet. (SZ 04.05.2001), ebenso von der European Food Safety Authority. (BVET 2004/1)
- Obwohl in der Schweiz die Kantone zuständig sind für die Veterinärangelegenheiten, wurde eine bundesweite Task Force, die BSE-Einheit, gegründet, da die Kontrollen in den Betrieben als nicht ausreichend identifiziert wurden und nur einer bundesweiten Organisation die Beseitigung dieser Mängel zugestanden wurde.

Schweiz-intern sind die Maßnahmen der Behörden jedoch nicht unumstritten. Einige AkteurInnen kritisierten Art und Zeitpunkt der Schweizer Regelungen. Die genannten Regelungen wurden in den ExpertInnengesprächen je nach Interessenslagen der AkteurInnen entsprechend unterschiedlich bewertet (vgl. dazu Kapitel 5).



## **4 Die öffentliche Kommunikation der Schweizer Behörden über BSE als wesentlicher Teil des Krisenmanagements**

Um die Bedeutung von öffentlicher (Ernährungs)Kommunikation für Krisenfälle zu explizieren, erfolgt zunächst eine Klärung des verwendeten Begriffs unter Bezugnahme auf das Gesamtprojekt „Ernährungswende“.

### **4.1 Öffentliche Ernährungskommunikation in der Schweiz**

Was ist öffentliche Ernährungskommunikation? Sie umfasst jegliche Kommunikation über Ernährung, die im öffentlichen Bereich stattfindet, also in den Medien, im Parlament, in der Schule etc.. Eine Vielzahl von AkteurInnen ist daran beteiligt: politische Behörden, Medien, WissenschaftlerInnen, (land)wirtschaftliche AkteurInnen und InteressensvertreterInnen, zivilgesellschaftliche AkteurInnen und KonsumentInnen. Nicht unter öffentliche Ernährungskommunikation fällt hingegen z.B. Ernährungsberatung, die in (vertraulichen) Gesprächen stattfindet.

Politische Ernährungskommunikation nimmt als Teil der öffentlichen Ernährungskommunikation eine vermittelnde Rolle zwischen dem Politikfeld Ernährung-Landwirtschaft und der öffentlichen Ernährungskommunikation ein. Es kann zwischen vier Diskursebenen unterschieden werden: Politische Kommunikation, wissenschaftliche Kommunikation, wirtschaftliche Kommunikation und Alltagskommunikation. Diesen vier Ebenen können jeweils verschiedene AkteurInnen und verschiedene Interessen zugeordnet werden. (vgl. Rehaag und Waskow 2005)

Da nachhaltige Ernährung und die Kommunikation darüber – auch über die Frage der Risikokommunikation hinausgehend - im Fokus des Projekts Ernährungswende stehen, soll in der Schweiz auch untersucht werden, ob Good Practice – auch abgesehen von der konkreten Kommunikation zu BSE - in der Kommunikation von Nachhaltigkeit und Ernährung existiert.

In der Schweiz wurde von 1996 bis 2000 ein transdisziplinäres Forschungsprojekt durchgeführt, in dem die nachhaltige Entwicklung im Bedürfnisfeld Ernährung in der Schweiz bearbeitet wurde. (IP Gesellschaft 2000) Im Rahmen eines Teilprojekts wurde erforscht, wie nachhaltige Ernährung über Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert werden kann. (Bonfadelli und Kradolfer 2000) Untersucht wurde die Berichterstattung in Wochen- und Tageszeitungen, in Publikumszeitschriften, in Zeitschriften von Verbänden und NGOs und in elektronischen Medien. Eine Detailanalyse der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) wurde für die Jahre 1993 bis 1998 durchgeführt.

Folgende Ergebnisse erscheinen für das vorliegende Projekt relevant zu sein:

- Wochen-, Tages- und Publikumszeitschriften publizierten oft Kochrezepte, manchmal Berichterstattung zu Gesundheitsaspekten, selten jedoch zu ökologischen Aspekten von Ernährung. Der Fokus liegt auf Unterhaltung und Genuss.

- Die Zeitschriften von Verbänden und NGOs widmen sich vermehrt ökologischen Thematiken (z.B. Lebensmittel und Ökologie), ein darüber hinausgehender Bezug zur Ernährung ist aber selten abgedeckt.
- Auch in den elektronischen Medien finden sich nur selten Ernährungsthemen.

2400 Artikel, die im Titels oder Header (Lead) Ernährung, Landwirtschaft, Nachhaltigkeit und ähnlichen Themen thematisierten, wurden textanalytisch untersucht. Die bedeutsamste Karriere im Vergleich der untersuchten Themen erfuhr das Thema „Nachhaltigkeit“. Allerdings wurde analysiert, dass in zwei Drittel der Artikel zu Nachhaltigkeit der Begriff meist nur im Sinne von "tief greifend" und "dauerhaft" verwendet wurde. Eine Verbindung zu Ernährung war kaum gegeben. Erwartet hatten die Forscher eine Verbindung von Ernährungs-, Gesundheits- oder Risikothemen mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung, die jedoch im Material kaum hergestellt wurde.

Die Berichterstattung über BSE erfolgte in der klassischen Form der Risikokommunikation, mit hoher Thematisierungshäufigkeit und schnellem Abklingen. Eine Verbindung zur Thematik der nachhaltigen Entwicklung wurde in den Artikeln nicht hergestellt. Seit dem BSE-Jahr 1996 wurden jedoch in nahezu allen Themenbereichen Zukunftsthemen stärker thematisiert.

Obwohl sich laut Bonfadelli und Kradolfer das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im politischen Diskurs als erfolgreich erwiesen hat (sie begründen dies mit dem Stellenwert in der Bundesverfassung<sup>6</sup>), scheint es in Diskrepanz dazu in der Öffentlichkeit eher selten anzutreffen sein und diffus abgehandelt zu werden, wobei die Komplexität und Abstraktheit des Themas einer massenmedialen Thematisierung entgegenstehen. Es wird als sinnvoll gesehen, das Thema Nachhaltigkeit in konkrete Zusammenhänge zu betten, für Ernährung bietet sich hier vor allem die ökologische Thematik an.

Bonfadelli und Kradolfer sehen die kommunikative Etablierung von Nachhaltigkeit in Unternehmen und Organisationen als vielversprechender an. Eine solche Etablierung kann z.B. in innerbetrieblichen Leitbildern erfolgen und dadurch auch in die externe Kommunikation einfließen. So geschieht es bereits bei regionalen ProduktvermarkterInnen, die den Vorteil eines direkten Kontakts zu den KonsumentInnen haben und ihn dazu nützen, nachhaltigkeitsorientierte Werte zu verbreiten. (Mogalle 2000)

Was ist nach Ende dieses Forschungsprojekts in der Schweiz passiert? Laut Hirsch-Hadorn (2002) haben die Initiativen zur Nachhaltigkeitsforschung nicht langfristig gegriffen. Ein Nachfolgeprogramm hatte keine Chance. Hirsch-Hadorn sieht einen Grund dafür in der Schwierigkeit den Nachweis zu erbringen, dass Nachhaltigkeitsforschung in gesellschaftli

---

<sup>6</sup> In der Schweizer Bundesverfassung ist festgelegt, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft die nachhaltige Entwicklung fördert. (Bundesverfassung 1999, Art. 2)

Im Artikel 104 der Schweizer Bundesverfassung wird festgelegt, dass die landwirtschaftliche Produktion nachhaltig erfolgen soll. Dieser Artikel der Bundesverfassung wurde durch eine Volksabstimmung über die Volksinitiative "Bauern und Konsumenten – für eine naturnahe Landwirtschaft" (Kritische Agrarallianz) am 9. Juni 1996 beschlossen.

chen Verhältnissen real wirksam wird, abgesehen von fehlenden Ressourcen für weitere Forschung (und Umsetzung).

Im vorliegenden Projekt wurde im Rahmen der ExpertInnenbefragung die Frage nach einer Veränderung in Richtung Nachhaltigkeit durch die BSE-Politik und –Kommunikation gestellt um zu erheben, ob bestimmte politische bzw. kommunikative Strategien sich als förderlich für Nachhaltigkeit erweisen.

## 4.2 Medialer Diskurs zu BSE am Beispiel der NZZ

Um die öffentliche Ernährungskommunikation über BSE zu untersuchen, musste zunächst festgestellt werden, welche Gruppen von AkteurInnen im öffentlichen Diskurs über BSE in einem relevanten Zeitraum teilnahmen. Medien sind bekanntlich ein Kommunikationsmittel, dessen sich öffentliche Diskurse bedienen. Printmedien ermöglichen aufgrund ihrer zeitlichen, inhaltlichen und strukturellen Logik eine hohe Beteiligung von AkteurInnen. Daher wurde anhand eines ausgewählten Printmediums eine Identifikation der an der öffentlichen Kommunikation zu BSE beteiligter AkteurInnen durchgeführt.

Zur Orientierung und Begründung der Zeitungswahl folgt nun ein kurzer Überblick über die Schweizer Printmedienlandschaft. Diese umfasst Tages- und Wochenzeitungen, Publikumszeitschriften und Zeitschriften von Verbänden. Es erscheinen insgesamt 174 Printmedien in der Schweiz. (IMW 2004) Die wichtigsten Massen-Printmedien sind Tages-Anzeiger, Blick, Neue Zürcher Zeitung (NZZ), SonntagsZeitung, Sonntags-Blick, Die Südostschweiz, Basler Zeitung und Berner Zeitung. Ihre Ausrichtung und ihr Niveau sind unterschiedlich. So ist zum Beispiel die politische Linie der NZZ konservativ. Es entspricht der Philosophie der BlattmacherInnen Nicht-JournalistInnen einzuladen Artikel zu verfassen, das Niveau ist generell hoch. Auf einem anderen Ende des Spektrums steht der Blick als die größte Boulevard-Zeitung. Der Blick ist populistisch orientiert und vergleichbar mit der deutschen Bild-Zeitung.

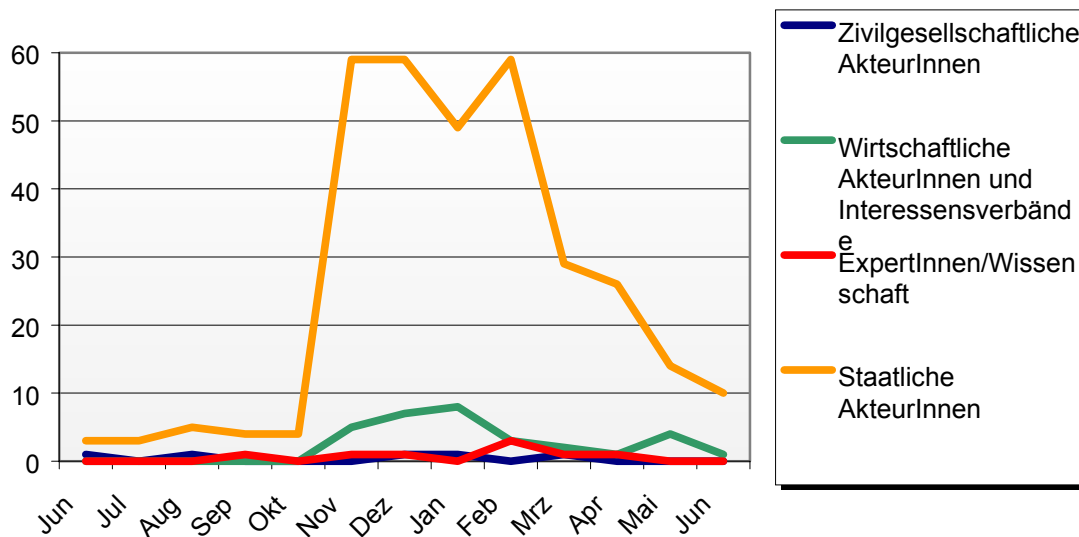
Um herauszufinden welche AkteurInnen in der Schweiz an der öffentlichen Diskussion über BSE teilnehmen, wurde ein Printmedium ausgewählt, das aufgrund seines hohen publizistischen Niveaus nach Einschätzung der AutorInnen den wissenschaftlichen wie den gesellschaftspolitischen Diskurs am besten abbildet: die Neue Zürcher Zeitung. (NZZ). Es wurde auch davon ausgegangen, dass die NZZ aufgrund ihrer internationalen Anerkennung auch den europäischen Diskurs über BSE und die Verbindungen zur Schweiz widerspiegelt.

Für die Analyse der NZZ wurden jene Zeiträume herangezogen, in denen die meisten Artikel zu BSE publiziert wurden. Dabei wurde davon ausgegangen, dass sich aufgrund der spezifischen Ereignisse in diesen Zeiträumen die meisten AkteurInnen zu Wort meldeten, und daher auch ihre Beziehungen am deutlichsten hervortraten. Im Sinne der Vergleichbarkeit mit dem Modul "Ernährung und Öffentlichkeit" wurde der Analysezeitraum auf Mitte 2000 bis Mitte 2001 begrenzt.

Ausgewertet wurden im Rahmen einer Grobanalyse die Header aller Artikel, die im genannten Zeitraum unter dem Schlagwort "BSE" im Archiv der NZZ aufscheinen. Die Header umfassen die Überschrift und den ersten Satz.

Die in den Headern erwähnten AkteurInnen wurden vier Gruppen zugeteilt: staatlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen. Ausgewertet wurde nach Häufigkeit der Nennung im Header.

Abbildung 3: Anzahl der Nennungen der verschiedenen AkteurInnengruppen in der BSE-Berichterstattung der NZZ 06/2000 - 06/2001



Wie auch bei Rehaag und Waskow (2005) in Bezug auf Deutschland ersichtlich dominieren staatliche politische AkteurInnen die mediale Kommunikation. Sie werden nicht nur öfter erwähnt und rezipiert, sie bringen auch Themen früher zur Sprache als die anderen Gruppen. Als zweite Gruppe folgen die wirtschaftlichen AkteurInnen, danach die wissenschaftlichen AkteurInnen und die Zivilgesellschaft.

Aufgrund dieses Ergebnisses wurden in Folge aus möglichst vielen der genannten Gruppen ExponentInnen für ExpertInneninterviews ausgewählt. Die Auswahl der einzelnen InterviewpartnerInnen orientierte sich an deren Teilnahme und Kenntnisse über die Vorkommnisse seit Auftreten von BSE, um ein möglichst komplettes Bild der öffentlichen Ernährungskommunikation zu BSE in einem bestimmten Zeitraum zu erhalten. Von allen angefragten Organisationen erhielten wir ein Interview, nicht in jedem Fall waren die InterviewpartnerInnen bereits zu Beginn der BSE-Krise aktiv in ihrer Organisation.

Es folgt nun die Darstellung der anhand von ExpertInneninterviews und Desktop-Recherchen erhobenen Kommunikationstrategien öffentlicher Stellen zu BSE.

### 4.3 Kommunikation der Schweizer Behörden über BSE

In diesem Kapitel wird zunächst die Kommunikationspolitik des zentralen für BSE zuständigen Bundesamt für Veterinärwesen BVET und der angeschlossenen BSE-Einheit dargestellt. Wie in Kapitel 3.1. dargestellt sind neben dem BVET auch das Bundesamt für Landwirtschaft BLW und das Bundesamt für Gesundheit BAG für BSE zuständig. Die Hauptzuständigkeit liegt jedoch beim BVET, was sich z.B. daraus ableiten lässt, dass die Internet-Information über BSE beim BVET abrufbar ist, und dass BLW und BAG in ihren Presseaussendungen zu BSE auf das BVET verweisen.

Um das Krisenmanagement zu verbessern wurde das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich vom Eidgenössischen Personalamt EPA beauftragt die schweizerische BSE-Politik von 1986 bis 1997 zu untersuchen. (Klöti et al 1998)

In diesem Zeitraum traten drei Problemzyklen auf:

- 1986 trat der erste BSE-Fall in Großbritannien auf (BSE als äußeres Problem)
- 1990 wurde der erste Schweizer BSE-Fall diagnostiziert (BSE als Schweizer Problem)
- 1996 veröffentlichte die britische Regierung eine Pressemitteilung, dass die Übertragbarkeit von BSE auf den Menschen möglich sei (Politisierung des Themas und Rückkehr zur Normalität)

Während all dieser Phasen waren die drei wichtigsten AkteurInnen die zuständigen Stellen der Bundesverwaltung:

- das federführende BVET
- das BAG
- das BLW

Klöti et al (1998) kamen in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass Information und Kommunikation bei der Überwindung der BSE-Krise die entscheidenden Engpässe waren und stellten in ihrer Studie folgende wesentliche Probleme heraus:

- Während die ämterübergreifende Koordination von Maßnahmen und Informationsstrategien nach kurzer Anlaufzeit funktionierte, bestanden Auffassungsunterschiede, inwieweit die Schweizer Kantone einbezogen werden sollten. Im Endeffekt hatten die Kantone in der Untersuchungsperiode keine Vertretung in der Gruppe, die den Umgang mit BSE koordinierte.
- Ein 1996 gefasster Maßnahmenplan wurde ohne ausreichende Konsultation der Interessensvertretungen ausgearbeitet. Dadurch fühlten sich diese auch nicht verpflichtet, an der Umsetzung beizutragen.
- Die Information der Öffentlichkeit wird als zentrales Problem gesehen. Während Wissenschaft und Verwaltung von Wahrscheinlichkeiten, Risiko und Hypothesen sprechen, er

wartet sich die Bevölkerung Aussagen vom Typ "ja oder nein". Das Wissen über BSE ist obendrein immer im Umbruch begriffen.

- Klöti et al stellten auch fest, dass die ständige Ausarbeitung neuer Maßnahmen bei der Bevölkerung eher Beunruhigung statt Glaubwürdigkeit bewirkt.

Als Konsequenz dieser Studie wurden für die Verwaltung Weiterbildungsseminare abgehalten ("Verwaltungsführung in politisch-gesellschaftlichen Spannungsfeldern"). Das erste dieser Seminare fand im September 1999 statt, auf Basis der Fallstudie BSE von Klöti et al. Inzwischen wurden auch zu anderen gesellschaftlichen Problemfeldern Seminare abgehalten, (Asylpolitik, Güterverkehrspolitik). (Klöti et al 2002)

### 4.3.1 Die Kommunikation des Bundesamts für Veterinärwesen BVET

Im Rahmen der drei für BSE zuständigen Bundesämter spielt das BVET die Hauptrolle, wie auch Klöti et al. (1998) bestätigen. Auf der sehr ausführlichen Homepage wird der aktuelle Kenntnisstand zu BSE publiziert, ebenso die ergriffenen Maßnahmen.

Das BVET hat eine eigene Kommunikationsstrategie zum Umgang mit BSE entwickelt. Mit der für die BSE-Kommunikation zuständigen BVET-Mitarbeiterin wurde ein Expertinneninterview geführt. Als Ergebnis dieses Interviews und der Analyse weiterer Materialien des BVET können folgende Elemente als wesentlich für die Kommunikationsstrategie der Behörden definiert werden:

**Transparenz und Ehrlichkeit:** *„Wir haben immer ehrlich kommuniziert, das heißt bei uns ist die Frage nie, ist das kommunizierbar, sondern eher wie kann man das kommunizieren...“* (BVET 2003: 17-18) *„...auch ehrlich kommunizieren, ehrlich auch sagen, das wissen wir nicht, das können wir sagen, und immer sich fragen wie und nicht was ist kommunizierbar und was nicht.“* (BVET 2003: 19-21)

Transparenz wird als Wert an sich gesehen, unabhängig vom Informationswert für die VerbraucherInnen. Transparenz ist kein Ersatz für Information und vice versa. (BVET 2005/2)

**Keine Geheimhaltung:** Es wird nicht überlegt ob ein Inhalt kommuniziert wird, sondern wie er kommuniziert wird.

**Regelmäßigkeit:** Auch in ruhigeren Phasen wird kommuniziert, Hintergrundinfos werden regelmäßig bereitgestellt: *„...einen Kontaktfluss an Informationen an verschiedenes Zielpublikum und auch nicht nur wenn es mal brennt, auch in den ruhigeren Zeiten, wo die Leute auch Zeit haben vielleicht mehr Informationen und ausführlichere Informationen zu kriegen...“* (BVET 2003: 29-32) Diese Art von Kommunikation wird auch als proaktiv bezeichnet.

Krisen haben laut Geiser (2001) einen Lebenslauf: In der ersten Phase ist das zugrunde liegende Problem der Öffentlichkeit unbekannt oder gar kein Thema. In der zweiten Phase wird das Thema in den Medien hin und wieder thematisiert, erhält jedoch nicht die volle öffentliche Aufmerksamkeit. In Phase drei bricht die eigentliche Krise aus, in der öffentliche Empörung und Angst ihren Höhepunkt erreichen. In Phase vier rückt das Thema langsam wieder in

den Hintergrund. Es kann aber jederzeit wieder in den Mittelpunkt des Interesses vorrücken. Entscheidend für das BVET ist, dass die Risikokommunikation nicht erst beim Ausbruch der Krise, also in Phase drei, einsetzt, sondern **so früh wie möglich**.

Um widersprüchliche Aussagen der Behörden zu vermeiden ist es gerade in Phase drei wichtig, *"...mit EINER Stimme zu sprechen und – wenn möglich - nur EINE Stimme sprechen zu lassen"* (Geiser 2001)

Weiters muss die Kommunikation *„adressatengerecht, nachvollziehbar und empathisch sein“* (BVET 2005/2)

**Vielfältige Mittel der Kommunikation:** Kommuniziert wird via Medien (auch Inseratenkampagne), Internet, Publikationen und eigenem Magazin, Hotlines, auch persönlich auf Ausstellungen und Messen.

**Personalressourcen:** Es gibt im BVET eine eigene Halbtagsstelle nur für BSE-Kommunikation. Im Bundesamt für Gesundheit gibt es ebenfalls Personalressourcen für die Kommunikation zu Creutzfeld-Jakob, im Bundesamt für Landwirtschaft eine Mitarbeiterin die allgemein für Kommunikation zuständig ist.

Es werden etwa alle zwei Jahre **Round Tables** abgehalten, zu denen Organisationen eingeladen werden, die mit BSE zu tun haben. Der letzte Round Table fand im Jänner 2002 statt. BVET, BAG und BLW luden interessierte Organisationen zu einem Informationsaustausch über BSE ein. Laut Medienmitteilung des BVET kam der Anstoß zu diesem Treffen von der Kritischen Agrarallianz<sup>7</sup> mittels einer Eingabe an das BVET. Anlass waren die BSE-Erkrankungen von Tieren, die 1998 geboren wurden ("born after the ban"). In einem ersten Teil des Round Tables wurde über den aktuellen Stand von BSE in der Schweiz und die getroffenen Maßnahmen berichtet. Im zweiten Teil wurden die Maßnahmen im Futtermittelbereich besprochen. (BVET 2002)

Das BVET kommuniziert nach eigenen Angaben mit allen AkteurInnen, die von BSE betroffen sind (Stakeholder) Kommuniziert wird z.B. über die Round Tables. Grundsätzlich bestimmt das BVET die Kommunikationspolitik, die jedoch nicht jeder Organisation gefällt. *„...es ist immer ... wie ein Sandwich, die Konsumenten, die sagen wir machen zu wenig, und vielleicht die Landwirtschaft oder andere aus interessierten Kreisen, die das Gefühl haben wir machen zu viel.... Jeder hat seine Interessen, und Interessen gehen nicht immer in dieselbe Richtung.“* (BVET 2003: 74-77)

Die Interviewpartnerin des BVET bewertet es als besonders wichtig, langfristiges Vertrauen herzustellen und langfristig glaubwürdig zu sein. Sie sieht dies in der Schweiz als gelungen an im Unterschied zu einigen europäischen Ländern, vor allem jedoch Deutschland *„...wo man sehr laut gesagt hat, wir haben kein BSE, oder man hat vielleicht auch gar nicht wirklich ge*

---

<sup>7</sup> Die Kritische Agrarallianz ist ein Bündnis aus Bio Suisse, IP Suisse, kagfreiland, Bioterra, VKMB (Schweizerische Vereinigung der kleinen und mittleren Bauern), WWF Schweiz, Pro Natura, Schweizer Tierschutz, Schweizer Vogelschutz, Stiftung für Konsumentenschutz, VETO/Tierschutzbund und Stiftung Landschaftsschutz. Diese Allianz hat 1996 den Antrag für die Volksabstimmung zur Verfassungsänderung eingebracht, durch die Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert wurde.

*sucht...“ (BVET 2003: 38-39) „Ich denke die Transparenz ist dann sehr wichtig, zu sagen, ja eine ehrliche, nicht nur Transparenz, sondern eine ehrliche Kommunikation, zu sagen, ..., wir sagen, was wir wissen, was wir nicht wissen, was wir machen, was wir nicht machen. Und das ist immer das Ziel: die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen, und Vertrauen ist langfristig. Und langfristiges Vertrauen zu haben, langfristige Glaubwürdigkeit zu haben, das ist ein langer Prozess...“ (BVET 2003: 40-45)*

1997 wurde von unabhängiger Seite eine Umfrage durchgeführt. Die Mehrzahl der Befragten gab dabei an, Vertrauen in die Maßnahmen der Behörden zur BSE-Bekämpfung zu haben. Dies wird vom BVET als Honorierung seiner Informationspolitik gewertet. (Geiser 2001)

### 4.3.2 Die Kommunikation der BSE-Einheit

Die BSE-Einheit wurde 2001 gegründet und ist den drei Bundesämtern für Veterinärwesen, Gesundheit und Landwirtschaft untergeordnet (siehe auch Kapitel 3.3.2). Die Abteilung Kommunikation der BSE-Einheit ist verantwortlich für die Aufbereitung der Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus den Kontrollen für die Öffentlichkeit, den Internetauftritt, den Jahresbericht<sup>8</sup> und die Beantwortung von Anfragen. Zu den Aufgaben der BSE-Einheit gehört die Kommunikation mit den betroffenen AkteurInnen und mit der Öffentlichkeit.

Die Kommunikationsstrategie der BSE-Einheit kann durch die folgenden Aussagen der Leiterin der Kommunikationsabteilung, mit der ein Expertinneninterview geführt wurde (BSE-Einheit 2003), charakterisiert werden:

- Die BSE-Einheit führt die Bestandsaufnahme und die Erarbeitung von Lösungen **gemeinsam mit den Betroffenen** durch.
- Die BSE-Einheit macht **proaktive<sup>9</sup> Kommunikation** durch kontinuierlichen Kontakt und laufende Informationen an JournalistInnen
- Der Öffentlichkeit soll nichts vorenthalten werden, sie hat ein **Recht auf Information**

Den letzten Punkt sieht die Interviewpartnerin im Zusammenhang mit dem neuem Schweizer Öffentlichkeitsgesetz, das im Februar 2003 zur Behandlung freigegeben wurde. Mit diesem Gesetz wird festgelegt, dass die Verwaltung öffentlich ist, und Geheimhaltung nur mehr in Ausnahmen erfolgt. In der BSE-Einheit wurden die Implikationen dieses Gesetzes als relevant für die eigene Arbeit diskutiert.

Während die Branchenverbände eng mit der BSE-Einheit zusammenarbeiten, erhalten die KonsumentInnenschutzorganisationen bei Bedarf Informationen. (BSE-Einheit 2003: 1-14)

---

<sup>8</sup> Bisher wurden drei Jahresberichte publiziert (2002, 2003 und 2004).

<sup>9</sup> Das Adjektiv und Adverb proaktiv stammt aus dem Lateinischen und bedeutet wörtlich die Aktivität fördernd. Es steht im Gegensatz zu reaktiv, bezeichnet also eine Aktion vor einem Ereignis, während reaktiv eine Aktion als Folge eines Ergebnisses bezeichnet. (wikipedia.org)



### 4.3.3 Fazit: Kommunikation der Schweizer Behörden über BSE

Klöti et al. (1998) analysierten unter anderem, dass 1996 die Interessensvertretungen nicht ausreichend einbezogen wurden, und dass die Information der Öffentlichkeit nicht funktioniert habe. Ein Teil der kritisierten Punkte wurde durch eine einheitliche Kommunikationsstrategie gelöst.

Diese Kommunikationsstrategie der zuständigen Bundesämter BVET, BAG und BLW und ihrer untergeordneten BSE-Einheit umfassen folgende Elemente:

- Transparenz, Ehrlichkeit und keine Geheimhaltung: Es wird alles kommuniziert, die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Information.
- Proaktive Kommunikation: Die Kommunikation setzt so früh wie möglich ein, nicht erst beim Ausbruch der Krise. Es wird regelmäßig kommuniziert, also auch in ruhigeren Phasen.
- Es wird mit einer Stimme gesprochen.
- Die Kommunikation muss den AdressatInnen angemessen, nachvollziehbar und empathisch sein.
- Es wird über unterschiedlichste Kommunikationskanäle kommuniziert.
- Für die Kommunikation müssen Personalressourcen geschaffen werden.
- Die Partizipation betroffener AkteurInnen soll ermöglicht werden, z.B. in Form Runder Tische. Lösungen für Probleme sollen gemeinsam mit den Betroffenen erarbeitet werden.

Inwieweit diese kommunikativen Maßnahmen bei den AkteurInnen positiv beurteilt werden, bzw. ob die von Klöti et al. genannten Problemfelder auch heute noch vorhanden sind, sollte durch Interviews wesentlich beteiligter AkteurInnen überprüft werden. Die Ergebnisse werden im Folgekapitel dargestellt.

## **5 BSE-Politik und Kommunikation aus Sicht von AkteurInnen aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft**

Wie anhand der NZZ-Analyse (siehe Kapitel 4.2) ersichtlich, sind verschiedene Gruppen von AkteurInnen in unterschiedlichem Ausmaß am medialen Diskurs über BSE beteiligt.

Für die Untersuchung wurden aus der Gruppe der landwirtschaftlichen AkteurInnen der Schweizerische Bauernverband als Dachverband der BäuerInnen, das landwirtschaftliche Internetmedium Schweizerbauer und kagfreiland als Vertretung der ökologischen Landwirtschaft ausgewählt. Aus den zivilgesellschaftlichen AkteurInnen wurden der Verein rinderwahnsinn.ch und die Schweizerische Vereinigung für Vegetarismus als kritische AkteurInnen im BSE-Diskurs und zwei unterschiedliche KonsumentInnenorganisationen ausgewählt. Weiters wurden auch zwei Bildungseinrichtungen aus der Landwirtschaft interviewt, die nicht explizit BSE als eines ihrer Themen behandeln, um zu überprüfen ob und in wie weit BSE auch außerhalb der wichtigsten AkteurInnen thematisiert wird.

Herausgearbeitet wurden zum einen die Einschätzungen des/der AkteurInnen hinsichtlich der BSE-relevanten Kommunikation der Behörden und zum anderen die Einschätzungen der Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen. In Kapitel 5.10 erfolgt die Darstellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden, die sich in den Interviews zu den einzelnen Fragestellungen ergaben.

### **5.1 Schweizer Bauer (Fachzeitschrift und Internetportal)**

Die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung Schweizer Bauer präsentiert sich auf ihrer Homepage als unabhängige Zeitung für die Schweizer Landwirtschaft, nach eigenen Angaben ist das Internetportal schweizerbauer.ch das meist beachtete Agrar-Portal der Schweiz. Die Zeitung versteht sich nicht als Sprachrohr eines Verbandes, sondern will die Interessen der Bauern und Bäuerinnen vertreten. Unabhängigkeit bedeutet für den Schweizer Bauer, auch über „nicht-offizielle Bauernvertreter“ zu berichten.

Interviewt wurde ein Mitarbeiter des Schweizer Bauers, der bereits 1990 bei der ersten ExpertInnenreise nach England dabei war und in den ersten Phasen der BSE-Krise in engem Kontakt mit den Behörden stand.

Andere Zeitungen und Medien (TV) beziehen ihre Informationen zu Landwirtschaftsthemen laut Angaben des Interviewpartners aus dem Schweizer Bauer. Die Zahl der AbonnentInnen ist im Steigen. Die Arbeit des Schweizer Bauers wurde mit verschiedenen journalistischen Preisen ausgezeichnet. (SB 2004 und 2004/1)

### 5.1.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden

Während die Boulevardpresse zu Beginn der BSE-Krise reißerische Artikel veröffentlichte, verlief die Kommunikation des Schweizer Bauers mit diversen Behörden sehr sachlich, z.B. bei verschiedenen Pressekonferenzen zu Beginn der BSE-Krise.

Der Interviewpartner verlässt sich im Prinzip auf die Informationen des BVET. (SB 2004/1: 479-480) Auffällig ist, dass die Arbeit der BSE-Einheit nicht wahrgenommen wird, weder vom Interviewpartner noch – seiner Ansicht nach - von den BäuerInnen. (SB 2003/1:695-701) Dies scheint deshalb der Fall zu sein, da der Interviewpartner zwar zu Beginn der Schweizer BSE-Krise gemeinsam mit einem Vertreter des BVET sehr aktiv war (sogenannte 1. „BSE-Einheit“), dieser BVET-Vertreter ist jedoch nicht mehr aktiv, und zu den NachfolgerInnen besteht offenbar kaum Kontakt. Nicht einmal die Jahresberichte der BSE-Einheit waren bekannt, er gibt an sie nicht erhalten zu haben (Anmerkung: obwohl er beim Schweizer Bauer als Experte für BSE gilt). (SB 2004/1: 887)

Widersprüchlichkeiten in der behördlichen Kommunikationsstrategie zeigen sich für den Interviewpartner bei der Einbindung betroffener AkteurInnen. Einerseits sei es typisch schweizerisch, dass der Ausgleich von Interessen angestrebt wird, daher wird immer versucht mit alle Betroffenen gemeinsam zu verhandeln: *„das ist so typisch, wir müssen um einen Tisch sitzen, wir müssen zusammen sprechen.“* (SB 2004/1: 917-918) Andererseits berichtete der Schweizer Bauer kritisch über einen Runden Tisch, den das BLW am 2. Oktober 2003 zum Thema Neugestaltung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen einberufen hatte, da die Stellungnahmen bäuerlicher Kreise zum Teil sehr kontrovers ausgefallen waren. Im Anschluss hagelte es Beschwerden von Organisationen, die nicht eingeladen wurden, u.a. von der welschen Bauerngewerkschaft Uniterre, dem Schweizerischen Verband der Zuckerrübenpflanzer, der Vereinigung schweizerischer Kartoffelproduzenten, den Gemüse- und Obstproduzenten, GalloSuisse<sup>10</sup>, VKMB, dem Bäuerlichen Zentrum etc.. (Schweizer Bauer 2.10.2003)

Der Interviewpartner spricht auch die bereits erwähnte Problematik des grenzüberschreitenden Informationsaustausches an. Er kritisiert die deutschen Behörden, da sie sich seines Erachtens zuwenig darauf vorbereiteten, dass es auch in Deutschland zu BSE-Fällen kommen könnte. Es wurde in der Vergangenheit immer nur kommuniziert, dass Deutschland kein BSE habe, und als es dann auftrat kam die Krise. Dadurch, dass die meisten SchweizerInnen deutsch sprechen, bekamen sie die deutsche BSE-Krise über die Medien mit, die nochmals auf die Schweiz durchgeschlagen war (siehe Preisverfall beim Rindfleisch). (SB 2004/1: 186-194)

---

<sup>10</sup> GalloSuisse = Vereinigung der Schweizer Eierproduzenten

### 5.1.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen

Bereits 1991, also ein Jahr nach dem ersten BSE-Fall in der Schweiz, fuhr laut Angaben des Interviewpartners eine Schweizer Delegation nach England um sich über BSE zu informieren. Dieser Delegation, die auf Initiative der ProduzentInnen entstand, gehörten Vertreter der Fleisch- und MilchproduzentInnen an, auch eine KonsumentInnenvertreterin „wurde mitgenommen“. Die Studienreise wurde von der Schweizer Botschaft unterstützt. Besucht wurden das MAFF (Ministry of Agriculture, Foods and Fishery), die National Farmers Union, eine KonsumentInnenorganisation und Forschungsanstalten, die über die Prionentheorie berichteten.

Die Ergebnisse der Reise wurden in einem Bericht festgehalten, der auch an das BVET erging. 1991 brachte der Schweizer Bauer ein vierseitiges Dossier mit dem Schwerpunktthema BSE heraus, in dem bereits die Erkenntnisse der Reise nach England berücksichtigt wurden. (SB 2004/1: 225-296)

In der Schweiz wurde somit bereits früh auf ExpertInnenwissen gesetzt. Ein Lerneffekt der Studienreise war, dass es wichtig sei, schnell die *Fachblätter* zu informieren, da man dort viel sachlicher diskutieren könne. Die JournalistInnen der Tageszeitungen könnten sich dann beim Recherchieren darauf stützen. Sensationshascherei könne so reduziert werden. (SB 2004/1: 251-258)

Die Medien hätten laut Interviewpartner in der BSE-Krise daher nicht nur problematisch reagiert, sondern auch dazu beigetragen, dass das Vertrauen der Schweizer KonsumentInnen in die BäuerInnen nicht verloren gegangen sei, da über die Medien vermittelt werden konnte, dass die BäuerInnen ihre Tiere lieben würden, dass sie von den Keulungen betroffen waren und dass sie keine Tierfabriken unterhalten würden. Vor allem den lokalen Zeitungen wäre es wichtig gewesen, nicht nur auf die BäuerInnen „draufzuschlagen“, sondern auch Beispiele zu bringen, was gut funktioniere, damit wieder Vertrauen aufgebaut werden konnte. „*Der Bauer ist immer der glaubwürdigste für die Konsumenten.*“ Dies konnte auch erreicht werden, die Schweizer BäuerInnen waren gut informiert. (SB 2004/1: 1083-1112)

Die Rolle der KonsumentInnenverbände sieht der Interviewpartner als zurückhaltend weil sie nicht in den Verdacht kommen wollten, dass sie von der Fleischlobby bezahlt seien. Allerdings hätten die Vertreterinnen der Verbände seiner Meinung nach nichts Falsches gesagt. (SB 2004/1: 589-598)

## 5.2 Schweizerischer Bauernverband (Dachorganisation)

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) ist die Dachorganisation aller landwirtschaftlichen Organisationen der Schweiz und somit die nationale Vertretung der BäuerInnen. Die rund 65.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind in kantonalen BäuerInnenverbänden, Dach- und Fachorganisationen organisiert, aus denen Delegierte in die Landwirtschaftskammer entsandt werden (100 Mitglieder). Der Vorstand hat 18 bis 21 Mitglieder.

Der SBV sieht es als seine Aufgabe an, die Ziele des Berufsstandes zu formulieren und zu verwirklichen. Arbeitsbereiche sind die Einkommenspolitik, die Außenhandelspolitik, die Gesetzgebung, die bäuerliche Selbsthilfe und die Information der Öffentlichkeit und der BäuerInnen. Er setzt sich unter anderem für den bäuerlichen Familienbetrieb, ein angemessenes Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern, günstige gesetzliche Rahmenbedingungen, die Erzeugung von Qualitätsprodukten, offen dargelegte Produktionsverfahren und Herkunftsbezeichnungen ein. (SBV 2004)

Interviewt wurde ein Projektleiter im Schweizerischen Bauernverband, der zu Beginn der BSE-Krise bereits im Amt war.

### **5.2.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden**

Im Unterschied zu Deutschland stellte sich aus Sicht des Interviewpartners für die Schweizer Behörden nie die Frage, was den KonsumentInnen verheimlicht werden soll. (SBV 2004/1: 84-86) Langfristig habe sich seines Erachtens die Schweizer Transparenz ausgezahlt. Generell hat der Interviewpartner den Eindruck, dass in der Schweiz nicht viel vertuscht werde, was auch daran liege, dass man in der Schweiz alle Leute kenne. Es sei sogar gesetzlich verankert dass die Verwaltung nach dem Öffentlichkeitsprinzip funktioniere. (SBV 2004/1: 190-197)

Die Transparenz zeige sich auch beim Aufzeigen der Wirkungen von Maßnahmen. Daher sei es auch möglich, Maßnahmen abzuändern, wenn man erkenne, dass eine Maßnahme nicht genügend Wirksamkeit habe. (SB2004/1: 387-391)

Die Schweizer Kultur ermögliche es den BürgerInnen, sich in der Gesetzgebung einzubringen, wengleich eine Intervention eines Kantons mehr Gewicht habe. Diese Kultur setzt der Interviewpartner in Bezug dazu, dass die Gesetze mitgetragen werden. (SB 2004/1: 225-239)

Der SBV zeigt sich einverstanden mit dem Untersuchungsprogramm der Behörden, flächendeckende Tests für Rinder über 30 Monate seien nicht notwendig, freiwillige Tests reichten aus. Generell ist der SBV mit der Arbeit der Behörde zufrieden, abgesehen vom Exportverbot lebender Tiere, hier hätte mehr erreicht werden können.

Die BSE-Einheit wurde aus Sicht des Interviewpartners gegründet, da BSE ein langfristiges Problem sei, und eine zusätzliche übergeordnete Kontrolle erforderlich gemacht hätte. Diese Struktur hat sich aus seiner Perspektive als richtig und funktionierend erwiesen. (SBV 2004/1: 277-323)

### **5.2.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen**

Der SBV war im Zuge der BSE-Krise mit vielen AkteurInnen im Gespräch, intern mit BäuerInnen und Mitgliedorganisationen, extern mit Behörden, Branchenverbänden, KonsumentInnenorganisationen und Medien. Das Klima war immer gut, abgesehen von ein paar „Angstmachern“ bei den Medien. (SBV 2004/1: 77-81) Mit den Großverteilern war es eine Zeitlang schwierig zu kommunizieren, wobei keine Gründe dafür genannt wurden.

### 5.3 Kagfreiland (Bioverband und Nutztierschutzorganisation)

Kagfreiland wurde 1972 als KAG KonsumentInnen-Arbeitsgruppe für tier- und umweltfreundliche Nutztierhaltung gegründet (kag 2004/1). Interviewt wurde ein Mitarbeiter, der bereits 1992 bei kagfreiland arbeitete und somit auch über den Beginn der BSE-Krise Auskunft geben konnte.

Kagfreiland ist auch als KonsumentInnenorganisation gedacht. „...*der Ansatz Mitte der 90 Jahre war, ist schon auch der, dass man sagt, wir machen Tierschutz auch weil's dann den KonsumentInnen besser geht*“ (kag 2004/2: 401-403).

Heute ist kagfreiland eine schweizweit aktive gemeinnützige Vereinigung, die sich für den Schutz von Nutztieren und eine artgerechte Tierhaltung einsetzt. Unter dem kagfreiland-Label verkaufen 260 bio-zertifizierte Landwirtschaftsbetriebe ihre Produkte. (kag 2004) Kagfreiland hat eigene auf dem Biolandbau basierende Richtlinien für artgerechte Tierhaltung. Als Beratungs- und Informationsstelle für KonsumentInnen wird vierteljährlich die Zeitschrift „Tier & Konsum“ publiziert, und es werden Stellungnahmen zu gesetzlichen Veränderungen erarbeitet. (kag 2004/2)

Kagfreiland finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, von Bund, Kantonen oder Wirtschaft erhält kagfreiland keine Unterstützung. (kag 2004)

Der Interviewpartner sieht die BSE-Krise als Mit-Auslöser der Ökologisierungsbewegung in der Landwirtschaft an: „*Es hatte ... sicher einen ganz wichtigen Einfluss, dass der Bund dann ab 1993 den biologischen Betrieben und den tierfreundlich produzierenden Betrieben, und generell die Schweiz auch biologisch also nach IP Richtlinien<sup>11</sup> produzierenden Betrieben Beiträge zahlte.*“ Obwohl der Rindfleischabsatz eingebrochen war, sieht der Interviewpartner eine zunehmende Sensibilisierung der KonsumentInnen für tierfreundliche Produktion. (kag 2004/2: 87-100, 165-166)

Die Kommunikation der kagfreiland zur Hochzeit der BSE-Krise (90er-Jahre) lief häufig über Pressemitteilungen. Unter anderem versuchte kagfreiland auch, andere Theorien zur Entstehung von BSE zu diskutieren, z.B. durch Organophosphate, die zur Dasseliegenbekämpfung eingesetzt wurden. Es wurde auch kommuniziert, dass nicht garantiert werden könne, dass Kagfreiland-Fleisch gänzlich BSE-frei sei, da ja auch Tiere zugekauft würden. Die Medienleute erwarteten hingegen Sicherheitsversprechen, kagfreiland konnte jedoch nur Wahrscheinlichkeiten kommunizieren: „*Schaut auf tierfreundliche Haltung, da ist die Wahrscheinlichkeit kleiner, aber die Garantie, die könnt ihr vergessen.*“ (kag 2004/2: 597-634)

#### 5.3.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden

Kagfreiland kritisiert die Politik des BVET zu Beginn der Krise und in den 90er-Jahren, da kagfreiland im Unterschied zum BVET die Ansicht vertrat, dass zu den Prämissen der tierfreundlichen Haltung auch gehöre, kein leistungserhöhendes Tiermehl zuzufüttern, was aber

---

<sup>11</sup> IP = integrierte Produktion

seit Ende der 80er-Jahre massiv getan wurde. Der Bund hat sich auch zu Beginn der 90er-Jahre gegen ein Tiermehlverbot für Schweine und Hühner gewehrt, erst 2001 wurde das Tiermehlfütterverbot für alle Nutztiere ausgesprochen. (kag 2004/2: 254-268)

Im Hinblick auf die BSE-Einheit bestätigt der Interviewpartner, dass die Gründung einer bundesweiten Einheit für die Schweiz relativ einmalig ist, da der Vollzug von Maßnahmen sonst immer nur kantonal geregelt ist. Eine solche Vorgangsweise würde kagfreiland auch für den Tierschutz begrüßen, da dieser kantonal unterschiedlich geregelt ist. Andererseits ist es typisch schweizerisch, dass eine Institution geschaffen wurde, wo alle eingebunden werden. (kag 2004/2: 320-372) Die BSE-Einheit wird allerdings von einigen TierärztInnen nicht ernst genommen, es würden Millionen in die BSE-Einheit investiert, während andere Probleme ungelöst belassen würden. (kag 2004/2: 513-546)

Bevor die BSE-Einheit gegründet wurde, wurden die Informationen des BVET gelesen, danach die Informationen der BSE-Einheit. Die Kommunikation wird als stetig gesehen. (kag 2004/2: 506) Die BSE-Einheit informiert immer wieder über ihre Arbeit, die Informationen werden teilweise als nicht „weltbewegend“ gesehen.

### **5.3.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen**

Mitte der 90er-Jahre arbeitete kagfreiland enger mit anderen politisch grün orientierten Gruppen im Rahmen der Kritischen Agrarallianz zusammen. Die Kritische Agrarallianz ist ein Bündnis aus Bio Suisse, IP Suisse, kagfreiland, Bioterra, VKMB (Schweizerische Vereinigung der kleinen und mittleren Bauern), WWF Schweiz, Pro Natura, Schweizer Tierschutz, Schweizer Vogelschutz, Stiftung für Konsumentenschutz, VETO/Tierschutzbund und Stiftung Landschaftsschutz. Ein Resultat dieser Zusammenarbeit war der erfolgreiche Antrag für die Volksabstimmung zur Verfassungsänderung (1996), durch den Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert wurde.

Eine Zusammenarbeit mit dem Verein Rinderwahnsinn.ch hat sich ergeben, da das Fleisch aller Rinder, die unter dem Label von Kagfreiland verkauft werden und älter als 14 Monate sind, mit dem Prionics Schnelltest getestet sein müssen. Der Verein rinderwahnsinn.ch hat sich stark für die Schnelltests eingesetzt, ebenso die Großverteiler Coop und Migros, die jedoch erst ab 30 Monaten Tests verlangten.

Bezugnehmend auf die öffentliche Kommunikation fiel dem Interviewpartner auf, dass sich über die Zeitungen viele Leute in Form von LeserInnenbriefen mit dem Thema BSE auseinandergesetzt haben. Dies bringt der Interviewpartner in einen Zusammenhang mit der erfolgreichen Volksabstimmung 1996. (kag 2004/2: 295-313)

## 5.4 rinderwahnsinn.ch

Im Gespräch zwischen verschiedenen ehemaligen Greenpeace- und Gewerkschafts-Aktivisten entstand im März 2000 die Idee zur Gründung des Vereins rinderwahnsinn.ch. Seit November 2000 ist die Homepage des Vereins nicht mehr aktiv.

Interviewt wurde der Präsident des Vorstands des Vereins.

Die Gründungsmitglieder waren der Meinung, dass sich die KonsumentInnen gegen die Praktiken im Umgang mit BSE zur Wehr setzen sollten (RW 2000).

Die Ziele von rinderwahnsinn.ch waren maximale Sicherheit für die KonsumentInnen vor der Ansteckung durch BSE und eine Landwirtschaft mit natur- und artgerechter Nutztierhaltung. Um diese Ziele zu erreichen stellte rinderwahnsinn.ch folgende Forderungen an das BVET:

- Flächendeckende BSE-Kontrollen sollten staatlich angeordnet werden, um sicherzustellen, dass es keine Lücken gebe. Zumindest sollten die beiden Großverteiler Migros und Coop zur Einführung der Tests gebracht werden, da sie 90 % des Marktes abdeckten. (RW 2004: 71-73)
- Die Verwendung von Gehirn, Rückenmark und Innereien von Kälbern unter sechs Monaten müssten für die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln verboten werden. Gehirn, Rückenmark und Innereien müssten unabhängig vom Alter eines Tieres als Risikomaterial deklariert und vernichtet werden.<sup>12</sup>
- Der Einsatz sämtlicher Chemikalien und Produktionsbedingungen, die im Verdacht standen, BSE zumindest mit zu verursachen, müssten sofort verboten werden. Dazu gehören insbesondere die Organophosphate, die zur Dasseliegenbekämpfung eingesetzt würden. (RW 2000)

Der Verein versuchte diese Ziele durch folgende Maßnahmen zu erreichen:

- Sicherstellen transparenter und kritischer Information zum Thema BSE und Konsumentenschutz auf der Homepage
- Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- Information von EntscheidungsträgerInnen
- Aktionsmöglichkeiten für die breite Öffentlichkeit, z.B. in Form von Petitionen und durch die Bereitstellung von Informationsmaterial
- Forderung nach öffentlichen Diskussionsveranstaltungen

Die Homepage diente als umfangreiche und kritische Informationsquelle für die KonsumentInnen zum Thema BSE. Neben Hintergrundwissen zu BSE wurde etwa die Korrespondenz mit dem BVET, McDonalds, oder den Großverteilern Migros und Coop online gestellt und

---

<sup>12</sup> Zu dem Zeitpunkt dieser Forderung (2000) war die Nulltoleranz für Tiermehl im Wiederkäuerfutter noch nicht ausgerufen.



kommentiert. Ebenfalls online einsehbar waren aktuelle News oder die zahlreichen Medienmitteilungen von rinderwahnsinn.ch, die sich oft gegen das BVET richteten. Für die KonsumentInnen bestand die Möglichkeit ihre Meinung im Diskussionsforum oder im Gästebuch kund zu tun oder an Petitionen und Email-Protesten teilzunehmen. (RW 2000)

Der Interviewpartner hatte ein Mandat<sup>13</sup> bei der Firma Prionics, die die BSE-Tests entwickelte. Er machte sich danach selbstständig und forcierte die Einführung der Tests mittels des Vereins Rinderwahnsinn.ch. (RW 2004: 296-301)

#### 5.4.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden

Der Interviewpartner ist mit der Arbeit der Behörden, zu denen er auch die BSE-Einheit rechnet, generell nicht zufrieden: *„die haben alles getan um die Sachen zu vertuschen. Die ...haben zum Beispiel behauptet ... BSE-Tests würden falsche Sicherheit vortäuschen und das war ein an den Haaren herbeigezogenes, hanebüchenes Argument.“* (RW 2004: 49) Die Behörden behaupteten, dass durch die BSE-Tests die KonsumentInnen den Eindruck bekommen könnten, dass die Situation unter Kontrolle sei, und das sei nicht richtig. Sie hätten nicht den Mut gehabt offensiv vorzugehen, da sie wussten, dass durch flächendeckende Tests die Zahlen hochgehen würden. (RW 2004: 110-113)

Auf der Homepage des rinderwahnsinn.ch war der Text einer Petition veröffentlicht, die u.a. folgende Passage zur Problematik von BSE-Tests enthielt: *„Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass solche Kontrollen keine hundertprozentige Sicherheit geben können, weil sie die Tiere in der allerersten Krankheitsphase nicht erkennen können. Es ist aber besser, alles zu tun, was mit dem heutigen Stand der Technik machbar ist, als abzuwarten, bis es vielleicht irgendwann einmal noch empfindlichere BSE-Tests gibt.“* (RW 2000) Diese Textstelle belegt die Einstellung des Vereins zu den Tests, deren Einführung ja das Hauptziel des Vereins war.

Auch die Bezugnahme auf die BSE-Einheit fällt weitgehend negativ aus. In einer Sendung des Schweizer Fernsehens wurde eine Streit-Diskussion ausgetragen, an der u.a. ein Vertreter des Vereins und eine Vertreterin der BSE-Einheit teilnahmen. Dies war der einzige Kontakt mit der BSE-Einheit. (RW 2004: 34-37)

Als typisch schweizerisch an der BSE-Einheit nennt der Interviewpartner den Vorrang der Wirtschaftlichkeit vor dem Schutz der KonsumentInnen in den Entscheidungen der Behörden, und das generell zu zaghafte Vorgehen, v.a. im Hinblick auf die Einführung der BSE-Schnelltests.

Die Behörden hätten jedoch bei der Lösung des Futtermittelproblems gut gearbeitet, die eine Grundlage für den Stopp der Weiterverbreitung sei. Dies löse jedoch nicht das Problem, dass Teile unentdeckter infizierter Rinder in die Nahrungskette gelangen könnte.

---

<sup>13</sup> Mandat = Mitgliedschaft im Verwaltungsrat einer AG

## 5.4.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen

Die beiden Großverteiler Migros und Coop waren im Bezug auf die Schnelltests einer Meinung mit rinderwahnsinn.ch, sie führten für sich die BSE-Tests ein. (RW 2004: 37-39)

Die beiden KonsumentInnenorganisationen (Stiftung für Konsumentenschutz SKS, Konsumentenforum KF) „...haben auch keinen Konsumentenschutz betrieben.“ (RW 2004: 199) Das lag daran, dass die damalige Leiterin des SKS eine Gentechnikgegnerin war und die Antikörper für die BSE-Tests gentechnisch produziert wurden. Die Strategie des kf war für den Interviewpartner unverständlich, da sie sich zuerst gemeinsam mit Prionics für die Tests eingesetzt, dann jedoch einen Schwenk gegen die Test vollzogen hätten, vermutlich aufgrund des massiven Drucks der Wirtschaft. (RW 2004)

Der SBV sieht den Verein hingegen lediglich als eine Pressure-Group zur Durchsetzung der Einführung von Schnelltests. Nachdem diese eingeführt wurden, ist der Verein wieder verschwunden. *"Ich muss ihnen fast unterstellen, die haben sich nur um das gekümmert."* (SBV 2004/1: 485-488)

Der Interviewpartner des Schweizer Bauers kennt den Verein gleich gar nicht. (SB 2004/1: 1176-1177)

## 5.5 Schweizer Vereinigung für Vegetarismus

Die Schweizerische Vereinigung für Vegetarismus (SVV) wurde 1993 gegründet. Ihr Hauptanliegen ist es, möglichst viele Menschen über die Folgen von Ernährungsgewohnheiten zu informieren. Informationen über die vegetarische Lebensweise (Fragen zu Ethik, Gesundheit, Religion, Politik, Umweltschutz etc.) werden für die Allgemeinheit verständlich aufbereitet. Die SVV bezeichnet sich als religions- und parteipolitisch neutral. (SVV 2004)

Finanziert wird die SVV über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Es gibt wenige sehr aktive Mitglieder, die durch Aktivitäten auf ihrem Spezialgebiet oder durch Spenden beitragen. Kommuniziert wird vor allem über das Internet.

Als weitere Kontakt- und Informationsmöglichkeiten bietet die Vereinigung einerseits Standaktionen an öffentlichen Plätzen in verschiedenen Städten bei denen mit der Bevölkerung diskutiert wird, und andererseits die Zeitschrift „Vegi-Info“. In der ersten Ausgabe im Jahr 1996 war BSE Hauptthema. (SVV 2004/1: 844-845)

Interviewt wurde der Präsident der Schweizer Vereinigung für Vegetarismus.

### 5.5.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden

Die Schweizer Behörden haben sehr früh viel unternommen gegen BSE, aus Sicht des SVV in erster Linie deshalb um das Fleisch vor Imageschäden zu bewahren. Dies war eine Lektion, die sie aus England gelernt hätten, dort hätten die Schweizer Behörden gesehen wie es läuft wenn man versuche alles zu vertuschen. Daher hat die Schweiz die Politik gewählt, das Thema BSE ernst zu nehmen. (SVV 2004/1: 268-280)

Als Kritik an den Behörden führt die SVV an, dass man bei allem, was nicht hundertprozentig wissenschaftlich bewiesen war, abgewartet hat, statt vorsorgende Verbote auszusprechen. Der Interviewpartner begründet dies damit, dass es der Fleischlobby gelungen sei, dass wirtschaftliche über gesundheitliche Interessen gestellt wurden.

Weiters wurde im öffentlichen Diskurs von den Behörden nur Tiermehl als Ursache für BSE anerkannt. Die von einem englischen Bauern aufgestellte Vermutung, dass Dassel-fliegen-Medikamente BSE verursacht haben könnten wurde nicht weiterverfolgt. Trotzdem wurde das Medikament inzwischen verboten, was aber laut SVV nicht öffentlich kommuniziert wurde sondern in aller Stille passierte. (SVV 2004/1: 308-381)

Die Aussage des Interviewpartners legt einen Zusammenhang zwischen Nicht-Aufgreifen der Dassel-fliegen-Medikamente-Hypothese und dem ExpertInnenverständnis nahe: Es ist sehr unwahrscheinlich, dass ein Bauer, der auf Basis von Tierbeobachtungen eine Hypothese aufstellt, auf höchster Ebene (EU, BVET)... als Experte angesehen wird. Die einzigen Organisationen, die diese Hypothese ebenfalls in Betracht ziehen, sind NGOs, die vor allem im grünen bzw. kritischen Spektrum angesiedelt sind. (SVV, kagfreiland, rinderwahnsinn.ch)

Mit der BSE-Einheit gibt es keine Zusammenarbeit, deren Arbeit wird verfolgt. Die Kommunikation über die Creutzfeld-Jacob-Krankheit wird als zu wenig offensiv eingestuft, vor allem im Vergleich zu Seuchen wie SARS. Die BSE-Einheit führe die schweizerische Trägheit fort. Wenn die Bevölkerung sehe, dass die Behörden etwas unternehmen (z.B. als erste auf dem europäischen Festland das Tiermehlverbot einzuführen), dann sei sie beruhigt und denkt, dass alles wissenschaftlich analysiert wird, und das Thema daher den Behörden überlassen werden könne. Das Vertrauen gegenüber den Behörden wird in der Schweiz als hoch eingeschätzt, z.B. im Vergleich zu Deutschland oder Österreich. Begründet wird dies mit der direkten Demokratie, die erlaubt dass man eine Initiative oder ein Referendum (siehe auch Kapitel 3.1) setzen kann. „...in der Schweiz da kann man natürlich die oben quasi machen lassen, was sie wollen, und wenns dann ganz zu sehr ausartet, kann man immer noch eine Initiative machen...“ (SVV 2004/1: 589-696)

Wie auch bei Kagfreiland ist beim SVV das Interesse an BSE abgeflaut. Zu Beginn der Krise hatte der SVV alle Informationen gelesen und gesammelt, die öffentlich kommuniziert wurden, es existiert ein Archiv. Gründe für das abflauende Interesse wurden nicht genannt.

## 5.5.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen

Der SVV arbeitet mit KonsumentInnenschutzverbänden zusammen, jedoch decken sich die Interessen nicht immer. So interessieren sich laut SVV die KonsumentInnenschutzverbände überhaupt nicht für Tierschutz, sondern nur dafür ob das Fleisch für die KonsumentInnen gesund sei.

## 5.6 Konsumentenforum

Im Jahr 1961 gründeten dreizehn Frauenzentralen und elf gesamtschweizerische Frauenverbände den Verein „Konsumentinnenforum Schweiz“ mit dem Ziel Konsumentinnen zu informieren. (KF 2004) Inzwischen wurde das Forum auf Konsumentenforum (KF) umbenannt, es arbeiten nach wie vor hauptsächlich Frauen im Forum.

Der Zugang des KF wird so beschrieben: „... *unsere Philosophie ist eigentlich die, dass wir ... den Dialog suchen und nicht die Konfrontation. Also, wir sind nicht so auf der Angreiferseite.*“ (KF 2004/1: 63-64) Die Beratungsstellen der Sektionen stehen für Mitglieder und Nichtmitglieder gleichermaßen offen. Als Informationsquellen für die KonsumentInnen stehen unter anderem die Homepage, Datenbanken, Merkblätter, Ratgeber und die viermal jährlich erscheinende Mitgliederzeitung zur Verfügung. Die Anliegen der KonsumentInnen werden durch Teilnahme bei eidgenössischen Kommissionen, Stellungnahmen in politischen Vernehmlassungen etc. vertreten. (KF 2004)

Das Konsumentenforum besteht aus einem Dachverband und regionalen Sektionen. Weiters hat das Forum die Schweizer Frauenorganisationen als Kollektivmitglieder. Insgesamt hat das Konsumentenforum rund eine halbe Million Mitglieder. (KF 2004/1)

Das Konsumentenforum finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und durch Förderbeiträge der Wirtschaft. Die Arbeit der Geschäftsleitung erfolgt ehrenamtlich. (KF 2004)

Interviewt wurde die interimistische Leiterin des Konsumentenforums.

### 5.6.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden

Mit Beginn der BSE-Krise ab dem Jahr 1990 nahm das KF Kontakt zu allen zuständigen Behörden auf und forderte das Verbot von Tiermehl die Entsorgung von Risikomaterialien. Da diese Kontakte aufgrund der geringen Größe der Schweiz bereits vorher bestanden haben, mussten keine neuen Allianzen gebildet werden. (KF 2004/1: 446-472)

Es gab laut Aussage der Interviewpartnerin unter allen AkteurInnen ein gemeinsames Ziel, nämlich die Bekämpfung und die Ausrottung der Seuche. Allerdings hatte man in der allerersten Phase der Krise einen Zugang gewählt, der lediglich der Beruhigung der Öffentlichkeit dienen sollte. Die Anliegen des KonsumentInnenschutzes wurden zu wenig ernst genommen, dies hat sich aber inzwischen geändert. Die verschiedenen AkteurInnen waren überfordert mit den Maßnahmen, die sie nun vornehmen mussten, es dauerte seine Zeit bis dies in Gang kam. Alle Maßnahmen wurden zuerst abgelehnt, was nach Meinung der Interviewpartnerin an der „*Art des Schweizern*“ liegt, dass man alle Veränderungen hinterfragen und dann nochmals überlegen müsse, und auch die finanzielle Seite müsse berücksichtigt werden. Die Behörden hätten aber schlussendlich strikte Gesetze aufgestellt, dies wird als gute Reaktion gesehen, auch im Hinblick auf Deutschland, das ja erst sehr spät reagiert hätte. (KF 2004/1: 769-931, 1635-1636)

Die vier KonsumentInnenorganisationen der Schweiz<sup>14</sup> waren einer Meinung bei BSE, ihr Einfluss wird als hoch eingeschätzt – je mehr Einheit, desto mehr Gewicht im öffentlichen Diskurs, wobei der Einfluss auf die Behörden als besonders wichtig eingeschätzt wird. Für die KonsumentInnen wäre dies hingegen nicht so wichtig, da ihnen dieser Einfluss nicht so bewusst gewesen wäre. Die KonsumentInnen beurteilen eher die Menge der Pressemitteilungen oder den Wortlaut schriftlicher Dokumentationen. (KF 2004/1: 672-723)

Das KF unterscheidet zwischen zwei Gruppen von KonsumentInnen, den gut informierten und den oberflächlichen, wobei die zweite Gruppe überwiegt. Sowohl das KF als auch die Behörden konnten die gut informierten KonsumentInnen mit ihrer Kommunikation erreichen. Die Interviewpartnerin schätzt das Vertrauen der gut Informierten zu den Behörden als hoch ein, „*die wissen auch dass wenn sich zum Beispiel Bundesämter einschalten oder so, dass das etwas gilt, oder.*“ „...*je mehr man von einem Problem weiß, desto größer wird auch das Verständnis.*“ (KF 2004/1: 637-638, 647-655)

Die Herstellung von Transparenz wird als sehr wichtig empfunden, sowohl von Seite der Behörden als auch von Seiten des KF selbst, auch wenn sich die Frage stellt, in wie weit KonsumentInnen mit den fachlichen Informationen etwas anfangen können. Verschleiern sei die gänzlich falsche Strategie. (KF 2004/1: 1601-1612, 1677)

Positiv werden also - nach Startschwierigkeiten - die strikten Maßnahmen aber auch die Kommunikation der Schweizer Behörden gesehen.

## 5.6.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen

In der ersten Phase der BSE-Krise hat das KF nicht nur Kontakte zu den Behörden, sondern auch zu den ProduzentInnenverbänden. Die Fleischbranche hatte Interesse daran, das Thema BSE nicht hochzuspielen, das KF arbeitete somit vor allem gegen die Fleischbranche. (KF 2004/1: 435-444)

Das KF nahm viele Gelegenheiten wahr, um mit anderen AkteurInnen zu kommunizieren: Teilnahme in Arbeitsgruppen, Hearings und Tagungen, wobei auch zwei eigene Tagungen veranstaltet wurden. Wobei die Interviewpartnerin beklagt, dass die Leute dann ja alles andere zu tun hätten, nur nicht den Besuch einer solchen Tagung. Wer teilnahm waren die ohnehin schon gut informierten KonsumentInnen. (KF 2004/1: 1182-1212)

Zu Beginn der Krise war die Kommunikation der Boulevard-Medien reißerisch, was zu einer Verunsicherung der KonsumentInnen führte. Mit der Zeit wurde die Kommunikation aber sachlicher. Heute ist BSE fast zum Alltag geworden, die Menschen sind dadurch nicht mehr zu beeindrucken. Sowohl Medien mit einem gewissen Niveau (wie die NZZ), aber auch die landwirtschaftlichen Medien stellten die Situation am realistischsten und sachlichsten dar, wobei die Interviewpartnerin bedauert, dass die normalen KonsumentInnen nicht an die In

---

<sup>14</sup> Konsumentenforum, Stiftung für Konsumentenschutz, Associazione consumatrici della Svizzera Italiana AC-SI, Fédération romande des consommateurs FRC

formationen der landwirtschaftlichen Medien herankommen, da diese das Verständnis der KonsumentInnen erhöhen könnten. (KF 2004/1: 965-1135)

## 5.7 Stiftung für Konsumentenschutz

Die Stiftung Konsumentenschutz (SKS) wurde 1964 von GewerkschafterInnen und Angestelltenverbänden gegründet. Die Trägerorganisationen der Stiftung Konsumentenschutz sind unter anderen der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die Schweizerische Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern und der Verkehrsclub Schweiz. Mitglieder aller Trägerorganisationen sind im Stiftungsrat vertreten. Auch eine Ständerätin sowie eine Nationalrätin sind Mitglieder des Stiftungsrats. Die Stiftung Konsumentenschutz finanziert sich über Beiträge des Bundes, Spenden, Trägerschaftsbeiträge und über den Verkauf von Produkten. Seit 2000 arbeitet die Stiftung Konsumentenschutz mit dem zweiwöchentlich erscheinenden KonsumentInnenmagazin „K-Tipp“ zusammen, die SpenderInnen erhalten die hauseigene Publikation „Blickpunkt“. (SKS 2004)

Die Stiftung versteht sich selbst als unabhängig und ist in allen Bereichen und Themen aktiv, die KonsumentInnen betreffen: Technologien, Energiefragen, Lebensmittel, Landwirtschaft, Gesundheit, Kostenentwicklung etc.

Interviewt wurde eine Projektleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz, die zu Beginn der BSE-Krise als Journalistin gearbeitet hatte.

### 5.7.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden

Ziel bei der Diskussion um Lebensmittelskandale wie BSE sei es, eine gewisse Sachlichkeit und eine ganzheitliche Sicht einzubringen. (SKS 2004/1: 152-154) KonsumentInnen möchten Informationen, die vertrauenswürdig bzw. abgesichert sind. Vertrauenswürdig ist eine Information für die Interviewpartnerin dann, wenn sie nicht nur heute gilt sondern auch noch morgen. Deshalb wird auch die behördliche Kommunikation als problematisch gesehen, da zuerst kommuniziert wurde, dass das Problem BSE mittels Tiermehlverbot in den Griff zu bringen sei, und danach, dass das nicht ausreiche. (SKS 2004/1: 190-202) Die SKS hätte einen großen Bonus an Glaubwürdigkeit, da sie im Zusammenhang mit BSE das Problem nicht verniedlicht hätte, andererseits aber auch relativiert und auf andere Probleme in dem Bereich hingewiesen hätte. (SKS 2004/1: 237-244)

Generell wird die Arbeit der Behörden jedoch als im Großen und Ganzen als gut gelöst angesehen. Die Schwierigkeit der Situation der Behörden, dass sie nie gesicherte Informationen hatten und trotzdem Maßnahmen und Kontrolle vorantreiben mussten, wird anerkannt. Einige Ausrutscher konnten den Eindruck nicht revidieren, dass die Behörden das Problem ernst nehmen. (SKS 2004/1: 309-325)

Die Möglichkeiten zur Partizipation waren jedoch nicht zufrieden stellend, eine Teilnahme am Runden Tisch zu BSE blieb als „negativ“ (ohne nähere Angaben) in Erinnerung. (SKS 2004/1: 442)

### **5.7.2 Einschätzung von Kommunikation und Politik anderer AkteurInnen**

Wie auch die Vertreterin des KF unterscheidet die Interviewpartnerin zwischen Boulevard-Medien und seriösen Medien. Erstere hätten zu Beginn der BSE-Krise verantwortungslos mit Angstmache agiert, u.a. auch deshalb weil zu wenig gesicherte Informationen vorlagen. Nun sei etwas mehr Platz für differenziertere Berichterstattung, der Umgang sei verantwortungsvoller geworden. (SKS 2004/1: 277-302, 495-536)

Die landwirtschaftlichen AkteurInnen hätten versucht das Problem zu bagatellisieren, was aber verständlich sei, da sie große finanzielle Einbußen erlitten hätten. Um das Vertrauen der KonsumentInnen wieder herzustellen, wurde eine Diskussion um die flächendeckenden Schnelltests hervorgerufen. Die ProduzentInnen setzten sich stark dafür ein, obwohl laut Ansicht der SKS flächendeckende Tests KonsumentInnen in falscher Sicherheit wiegen würden. Daher war das ein Punkt, bei dem die SKS einen gegensätzlichen Standpunkt als die ProduzentInnen vertreten hat. (SKS 2004/1: 333-359)

Als besonders erfolgreicher Akteur wird die Firma Prionics gesehen, die den BSE-Schnelltest entwickelt hatte und seine Anwendung auch durchsetzen konnte. (SKS 2004/1: 480-482)

Die SKS versucht im öffentlichen Diskurs den Blickwinkel zu erweitern, nicht nur auf BSE zu fokussieren sondern auch Antibiotika, GVOs etc. zu thematisieren. Dies sind auch Anliegen anderer Organisationen aus dem Tierschutz und der biologischen Landwirtschaft. Generell sieht die Interviewpartnerin jedoch keine stabile Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit, so wurden z.B. in letzter Zeit vom Bundesrat die Zahlen der Tierbestände in den einzelnen Betrieben angehoben, um die Produktion zu steigern, was auch mit der internationalen Situation der Landwirtschaft zusammenhängt, die immer mehr unter Druck kommt. (SKS 2004/1: 602-644) Bei den KonsumentInnen andererseits hätte schon eine gewisse Sensibilisierung stattgefunden in dem Sinne, dass man die Landwirtschaft nicht ungestraft weiter industrialisieren könne. (SKS 2004/1: 680-684)

## **5.8 Agro-Image**

Der schweizweit organisierte Verein wurde 1995 von Bäuerinnen und Bauern gegründet. Die ca. 80 Mitglieder kommen von biologisch und konventionell produzierenden Landwirtschaftsbetrieben und informieren an Schulen über Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion. Sie erreichen so jährlich ca. 4.000 SchülerInnen im Alter von 12 bis 20. (ABI 2004)

Der Verein finanziert sich durch private Sponsoren, durch das Bundesamt für Landwirtschaft, den Schweizerischen Bauernverband und den Landwirtschaftlichen Informationsdienst. Die Mitglieder werden für ihre Leistungen in den Schulen entschädigt, es ist nur eine Person fix angestellt. (ABI 2004/1 181)

Der Verein betrachtet BSE als nicht so relevant wie andere Krisen (Geflügelpest, Tschernobyl). Wenn Informationen über BSE besorgt werden sollten, wende man sich an die landwirtschaftlichen Medien bzw. Organisationen. Die BSE-Einheit als mögliche Informationsquelle ist dem Interviewpartner nicht bekannt. (ABI 2004/1: 806)

Die Schweiz ist für den Interviewpartner ein Vorzeigemodell, da sie nachhaltige Landwirtschaft betreibt aufgrund der Integrierten Produktion.<sup>15</sup> (ABI 2004/1: 939-957) Erklärt wird jedoch nicht, wieso trotz nachhaltigerer Produktionsweise mehr BSE-Fälle als z.B. in Deutschland zu verzeichnen waren.

Generell liefert dieses Interview wenig konkrete Informationen, v.a. deshalb weil die Organisation relativ jung ist und die erste BSE-Welle nicht mitgemacht hat. Ähnlich wie in den Interviews mit den KonsumentInnenverbänden wird darauf hingewiesen, dass eine Gewöhnung an BSE eingetreten ist. In einigen Interviewpassagen wird sogar impliziert dass BSE zur Zeit nicht vorhanden sei. (z.B. ABI 2004/1: 871-872)

## 5.9 Landwirtschaftsschule

Das Landwirtschaftliche Institut liegt im Kanton Freiburg. Im Schuljahr 2003/04 wurden dort rund 450 SchülerInnen vom Lehrling<sup>16</sup> bis zur eidgenössischen MeisterIn ausgebildet. (GLI 2004/1) Das Institut unterhält ein land- und forstwirtschaftliches, ein hauswirtschaftliches, ein milchwirtschaftliches- und lebensmitteltechnologisches Bildungszentrum, sowie ein landwirtschaftliches Beratungszentrum, über das etwa 2.000 LandwirtInnen erreicht werden. (GLI 2004/1)

Informationen über die BSE-Problematik für den Unterricht und die Beratung bekam die Schule vom Kantonsveterinär und aus Informationsfoldern von BVET, BAG und BLW. (GLI 2004/1)

Der Interviewpartner, der die Schule leitet, sieht es als Verantwortung der Schule an, junge Bauern und BäuerInnen so weit aufzuklären, dass sie imstande sind, BSE-freie Lebensmittel zu produzieren. (GLI 2004/1: 1056-1069)

### 5.9.1 Einschätzung von Kommunikation und Politik der Behörden

Anders als der ebenfalls interviewte bäuerliche Bildungsverein bezog die Schule BSE-Informationen von den drei verantwortlichen Bundesämtern<sup>17</sup>, um sie im Rahmen ihrer Arbeit weiterverbreiten zu können. Laut Interviewpartner war es für die Schweiz erwähnenswert, dass alle drei Direktoren gemeinsam im Fernsehen auftraten. Oft sei es so dass ein Amt etwas verlautbare und ein anderes Amt eine Gegendarstellung mache. (GLI 2004/1:704-714) Wenn

---

<sup>15</sup> Bei der Integrierten Produktion (IP) handelt es sich um einen Mittelweg zwischen der konventionellen Landwirtschaft und dem biologischen Landbau. Die Integrierte Produktion ist mit der Neufassung des Landwirtschaftsgesetzes 1999 zum Standard in der Landwirtschaft erklärt worden. Beiträge und Direktzahlungen werden nur noch entrichtet, wenn der landwirtschaftliche Betrieb mindestens die Regeln und Vorschriften der IP befolgt. Mittlerweile werden über drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach der IP-Methode bewirtschaftet. ([www.ifaj2005.ch](http://www.ifaj2005.ch), Zugriff am 26.6.2005)

<sup>16</sup> Lehrling = Azubi

<sup>17</sup> BVET, BAG, BLW



ein Direktor eines Bundesamtes Alarm schlage, dann höre man hin, das träfe noch mehr zu wenn sich gleich drei Direktoren öffentlich äußern. (GLI 2004/1: 778-796)

Auch heute noch werde man sofort informiert, wenn ein neuer BSE-Fall auftrete, das würde sofort in der Fachpresse veröffentlicht. Mit der BSE-Einheit hingegen habe man nichts zu tun. (GLI 2004/1: 855-886)

Generell laufe die Information über BSE offen und ehrlich, es wurde nichts verheimlicht. In der Schweiz würde sowieso alles früher oder später aufgedeckt, es gab keine Tabus bei der Berichterstattung. (GLI 2004/1: 1551-1574) Wenn die KonsumentInnen auch nur einmal hinters Licht geführt würden, werden sie kritisch. (GLI 2004/1: 2199-2203). Viel öffentliche Kommunikation gab es zur Prionenforschung, die in der Schweiz vorangetrieben wurde, auch zu den Schnelltests.

Obwohl der Top-Down-Ansatz vorherrschte, indem die drei Bundesämter die Führung übernahmen, war es trotzdem möglich die Interessen der einzelnen BäuerInnen einzubringen, etwa über die Beratungszentren, wichtig sind vor allem die bäuerlichen Verbände, die im Rahmen der Demokratie Mitspracherecht haben (etwa im Parlament). (GLI 2004/1: 1797-1838)

In der Schweiz habe die ökologische Produktion einen sehr hohen Stellenwert, auch wenn es weniger Biobetriebe als in Österreich gebe. Die neue Agrarpolitik habe dazu beigetragen, dass die Schweiz ökologischer geworden sei. Dazu habe BSE beigetragen. (GLI 2004/1: 2009)

## **5.10 Fazit: BSE-Politik und Kommunikation aus Sicht von AkteurInnen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft**

Anhand der oben dargestellten Interviewergebnisse ergeben sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Einschätzung verschiedener AkteurInnen zur öffentlichen Kommunikation über BSE.

In einem Punkt sind sich die meisten befragten AkteurInnen einig, dass in **Deutschland** schlechter mit der BSE-Krise umgegangen wurde als in der Schweiz. Als positiv wird gesehen, dass die Schweizer Behörden versucht hätten nichts zu vertuschen, was in Deutschland hingegen der Fall gewesen sei. Deutschland habe sich nicht vorbereitet auf die Krise, im Gegenteil man habe immer so getan als ob BSE in Deutschland nicht möglich sei. Als dann die ersten Fälle auftraten, brach Panik aus, die sich wiederum negativ auf die Schweiz auswirkte, da viele SchweizerInnen deutsches Fernsehen schauen und weniger Rindfleisch konsumierten. Deutschland hätte die notwendigen Maßnahmen zu spät getroffen. (SB 2004/1: 186-194, SBV 2004/1: 84-86, KF 2004/1: 1635-1636)

Was waren nun die positiven Aspekte der Politik und Kommunikation der Schweizer Behörden?

Die **Art der getroffenen Maßnahmen** (Tiermehlfutterverbot, Entfernung von Risikomaterialien, Keulung) wurden von allen interviewten AkteurInnen als positiv bewertet, mit Ausnahme der nicht-flächendeckenden Einsetzung der BSE-Schnelltests, dies wurde vom Verein rinderwahnsinn.ch kritisiert. (RW 2004: 49)

Die **Geschwindigkeit, mit der die Maßnahmen getroffen wurden**, wurde jedoch unterschiedlich beurteilt. Während die meisten AkteurInnen der Ansicht waren, dass die Maßnahmen sehr früh und somit rechtzeitig getroffen wurden, kam für Kagfreiland das Totalverbot für Tiermehl im Futter viel zu spät (kag 2004/2: 254-268).

Die **Transparenz** der behördlichen Kommunikation wurde von allen Seiten gelobt. Strukturell verankert ist diese Transparenz im Öffentlichkeitsprinzip. (SBV 2004/1: 190-197) Dies deckt sich mit der Aussage der BSE-Einheit, dass das geplante Schweizer Öffentlichkeitsgesetz, mit dem geregelt wird dass die Verwaltung öffentlich ist und Geheimhaltung nur mehr in Ausnahmefällen erfolgen solle, bereits Einfluss auf die Kommunikationsstrategie zu BSE hat. (BSE-Einheit 2003)

Es wird unter anderem auch deshalb als schwierig eingeschätzt, unter den kleinräumigen Schweizer Verhältnissen nicht transparent zu agieren, da alle Beteiligten einander kennen und über ihre jeweiligen Aktionen Bescheid wissen und sich schon vor BSE Allianzen gebildet hatten. (SBV 2004/1: 190-197, KF 2004/1: 446-472)

Grenzen von Transparenz und Geheimhaltung zeigen sich jedoch am Beispiel der Kommunikation von Hypothesen zur Entstehung von BSE. Sowohl die Schweizer Vereinigung für Vegetarismus als auch Kagfreiland kritisierten, dass einzig die Prionen-/Tiermehlhypothese kommuniziert wird, während die Hypothese, dass Organophosphate, die zur Bekämpfung der Dasselfliege eingesetzt wurden, zu BSE führen könnten, tabuisiert wird. (SVV 2004/1: 308-381, kag 2004/2: 597-634)

Das **Vertrauen** der Schweizer Bevölkerung, aber auch der interviewten AkteurInnen in ihre Behörden ist groß. Die demokratische Kultur der Schweiz ermöglicht es den BürgerInnen, die Behörden arbeiten zu lassen im Vertrauen darauf, dass sie jederzeit eingreifen können, wenn etwas nicht ihren Wünschen entspricht (siehe auch Kapitel 3.1). (SBV 2004/1: 255-239)

Wenn sich Bundesämter in die öffentliche Diskussion einschalten, dann zeige dass, dass es wirklich Probleme gebe und dass die Behörden diese tatsächlich ernst nähmen. Dies würde noch verstärkt durch die Tatsache, dass alle drei Bundesämter gemeinsam agiert hätten. (KF 2004/1: 647-655, GLI 2004/1: 778-796) Diese Aussagen lassen vermuten, dass eine der Strategien der behördlichen Risikokommunikation, mit einer Stimme zu sprechen (siehe auch Kapitel 4.3.3), die Vertrauensbildung befördert.

Die Gründung der **BSE-Einheit** als eine Maßnahme der Schweizer Behörden löst bei den interviewten AkteurInnen unterschiedliche Reaktionen aus, die von Befürwortung (SBV 2004/1: 277-232) über Nicht-Kooperation bzw. Gleichgültigkeit (kag 2004/2: 513-546, RW 2004: 34-37, SVV 2004/1: 589-696, GLI 2004/1: 855-886) bis hin zu Nicht-Kennen (SB 2004/1: 695-701, ABI 2004/1: 806) reichen. Dies mag darin begründet sein, dass die BSE-Einheit eine relativ neue Einrichtung ist, und die AkteurInnen von Beginn der BSE-Krise an das BVET bzw. auch das BAG und das BLW als die zuständigen Bundesämter wahrgenommen haben. Viele InterviewpartnerInnen gaben auch an, dass BSE inzwischen nicht mehr so interessant für sie sei, man vertraue darauf, dass man informiert werde wenn etwas neues passiere, das Thema habe sich totgelaufen.

Partizipation in Form der Möglichkeit, Agrarpolitik mitzugestalten, wird zwar von den Behörden betont, nicht-politische AkteurInnen hingegen sehen sie skeptisch. Zu den **Runden Tischen** kam kein positives Echo, lediglich Kritik dass nicht alle Betroffenen eingeladen wurden, bzw. dass die Gespräche „negativ“ verlaufen seien. (SB 2004/1: 917-918, SKS 2004/1: 442)

Die Rolle der **Medien** wird von den interviewten AkteurInnen ähnlich gesehen. In der ersten Zeit der BSE-Krise herrschte Angstmacherei und reißerischer Boulevard-Journalismus vor. Dies wird auch damit begründet, dass zu wenige Informationen vorlagen und somit wilden Spekulation Tür und Tor geöffnet waren. Seriösere Medien und Fachmedien bemühten sich hingegen um sachliche Information. Lokale Medien publizierten neben reißerischen Artikeln auch Beispiele, wie BäuerInnen versuchten, wieder glaubwürdig zu werden. Schwierig waren Erwartungen der Medien, dass Sicherheitsversprechen kommuniziert würden, wenn doch nur von Wahrscheinlichkeiten die Rede sein konnte.

Nach der Startphase wird die Differenziertheit der medialen Berichterstattung positiv hervorgehoben, der Umgang der Medien sei verantwortungsvoller geworden. Da der Mangel an Informationen zu Beginn als Grund für Sensationsjournalismus genannt wurde, scheint die proaktive Kommunikationsstrategie der Behörden insofern auf fruchtbaren Boden zu fallen, als dadurch ausreichende und transparente Informationen laufend zur Verfügung stehen. (SB 2004/1, kag 2004/2: 597-634, SKS 2004/1: 442)

Die Wichtigkeit von **ExpertInnenwissen** wurde in der Schweiz bereits sehr früh erkannt. Gleich nach dem ersten Schweizer BSE-Fall fuhr eine Delegation nach England. Dieser Delegation, die auf Initiative der ProduzentInnen entstand, gehörten Vertreter der Fleisch- und MilchproduzentInnen und eine KonsumentInnenvertreterin an. Die Studienreise wurde von der Schweizer Botschaft unterstützt. Die Ergebnisse der Reise wurde in einem Bericht festgehalten, der auch an das BVET erging. (SB 2004/1: 225-296)

Als Lerneffekt wird gesehen, dass die Schweizer Behörden Einblick bekommen hätten was passiere, wenn man versuche etwas zu vertuschen. Ein weiterer Lerneffekt der Studienreise war, dass es wichtig sei schnell die Fachblätter zu informieren, da man dort viel sachlicher diskutieren könne. Die JournalistInnen der Tageszeitungen könnten sich dann beim Recherchieren darauf stützen, Sensationshascherei könne so reduziert werden. (SB 2004/1: 251-258, SVV 2004/1: 268-280)

Einige der interviewten AkteurInnen waren der Ansicht, dass die BSE-Krise zu **mehr Nachhaltigkeit** in der Landwirtschaft geführt habe. Die Schweiz orientiert sich schon länger an der integrierten Produktion (ein Mittelweg zwischen konventioneller und biologischer Landwirtschaft), die mittlerweile für den Großteil der Betriebe Standard wurde, dies und die Förderung biologisch und artgerecht wirtschaftender Betriebe wurde durch die BSE-Krise jedoch verstärkt. Ein Erfolg von Vereinigungen, die sich kritisch mit Agrarpolitik beschäftigten, war die Verankerung des Prinzips einer nachhaltigen Landwirtschaft in der Bundesverfassung 1996.

Auch KonsumentInnen werden als zunehmend sensibilisiert und bereit für nachhaltigeren Lebensmittelkonsum wahrgenommen. Ob dies mit aktuellen Verkaufszahlen übereinstimmt, wäre zu überprüfen. (GLI 2004/1:2009, SKS 2004/1: 680-684, kag 2004/2: 87-100, 165-166)

---

Es scheint jedoch, dass eine Sensibilisierung für Nachhaltigkeit nicht direkt von den politischen Strategien inklusive der Kommunikationsstrategie der Schweizer Behörden abzuleiten ist.

## **6 Good Practice in Politik und öffentlicher Kommunikation über BSE in der Schweiz**

Obwohl die Fragestellung dieses Berichts lautet in wie weit die Schweizer Kommunikation über das Ernährungsrisiko BSE als Good Practice-Beispiel für Deutschland herangezogen werden kann, so muss der Fokus auf die Schweizer BSE-Politik erweitert werden, da die politische und öffentliche Kommunikation nur ein Teil des Schweizer Maßnahmenpaketes ist.

Als Ergebnis der Untersuchungen des Moduls „Ernährung und Öffentlichkeit“ des Projekts Ernährungswende wurden anhand des Beispiels der BSE-Krise eine Reihe von Defiziten des deutschen Umgangs mit Lebensmittel- bzw. Landwirtschaftskrisen erarbeitet. (vgl. Rehaag und Waskow 2005, S. 125f.)

1. Der Umgang mit Krisen ist zögerlich und reaktiv.
2. Die staatliche Ernährungskommunikation ist einseitig, gesellschaftliche AkteurInnen werden kaum beteiligt.
3. Die Risikokommunikation ist durch starke lobbyistische Interventionen gekennzeichnet.
4. Es fehlt eine systematische Krisenprävention und Krisennachbereitung.
5. Empfehlungen von ExpertInnen werden (zum Teil) ignoriert.
6. Falls auf ExpertInnenwissen zurückgegriffen wird, dominiert wissenschaftliches Wissen.
7. Die Verantwortung für die Probleme wird nicht übernommen, sie werden versucht abzuschieben.
8. Der Nicht-Umgang mit Nichtwissen führt zu Ineffizienz.
9. Der Fokus der Bemühungen liegt auf wirtschaftlichen Belangen und zu wenig auf Gesundheits- und VerbraucherInnenschutz.
10. Neue AkteurInnenkonstellationen werden nicht gefördert.
11. Der Zugang der Bevölkerung zu den zuständigen Institutionen ist unzureichend.
12. Empfehlungen und Ratschläge von ExpertInnen und Medien geben vielfach keine klaren Antworten.
13. Selbst tief greifende Krisen werden nicht dazu genutzt, Einfluss auf das Konsumverhalten zu nehmen.

Für einige dieser heraus gearbeiteten Defizite kann das Schweizer Fallbeispiel mögliche Alternativen anbieten.

## 6.1 Ausrichtung der BSE-Politik am Vorsorgeprinzip

Ihren Ruf als Vorbild in Sachen BSE hat die Schweiz offenbar aufgrund einiger getroffener Maßnahmen, die auch teilweise als Vorbild für EU-Regelungen dienten, erhalten. Diese Maßnahmen orientieren sich an einem vorsorgenden Risikokonzept:

- Die Schweiz verbot 1990 als erstes Land auf dem europäischen Festland die Verwendung von Risikomaterialien wie etwa Gehirn, Rückenmark, Thymus und Milz in der Lebensmittelkette (England verbot dies bereits 1989). Dies geschah zu einem Zeitpunkt, an dem die Übertragbarkeit auf den Menschen noch nicht gesichert war (dies war erst 1996 der Fall).
- Weiters führte die Schweiz vier Jahre vor der EU Fütterungsverbote für Tiermehl an Wiederkäuer ein (1990 versus 1994 in der EU). Auch in der Einführung des Fütterungsverbots von Tiermehl an alle Nutztiere war die Schweiz schneller als die EU (2000 versus 2001).
- Die aktive BSE-Überwachung in Form des Untersuchungsprogramms Total diente der EU als Vorbild, um ein EU-weiten Überwachungsprogramms ab 2001 einzuführen.
- Die Einführung der Kohortenkeulung (Tötung aller Rinder des Betriebs, in dem das betroffene Tier geboren und aufgezogen wurde, die ein Jahr vor und ein Jahr nach der Geburt des an BSE erkrankten Tieres geboren sind, und die Verbrennung dieser Tierkörper) wurde von Ministerin Künast als vorbildlich bezeichnet. (SZ 04.05.2001), ebenso von der European Food Safety Authority. (BVET 2004/1)
- Obwohl in der Schweiz die Kantone zuständig sind für Veterinärangelegenheiten, wurde eine bundesweite Task Force, die BSE-Einheit, gegründet, da die Kontrollen in den Betrieben als nicht ausreichend identifiziert wurden und nur einer bundesweiten Organisation die Beseitigung dieser Mängel zugestanden wurde.

Schweiz-intern sind die Maßnahmen der Behörden jedoch nicht unumstritten. Einige AkteurInnen kritisierten Art und Zeitpunkt der Schweizer Regelungen, obwohl die generelle Meinung in die Richtung weist, dass die Behörden ihre Arbeit gut erledigt hätten.

## 6.2 Proaktive Risikokommunikation der öffentlichen Stellen

Die drei hauptzuständigen Ämter BVET, BAG und BLW verständigten sich bereits früh auf einen gemeinsamen Umgang mit dem Risiko BSE. Diese Ämter sind seit Auftreten von BSE in der Schweiz diejenigen AkteurInnen, die in der öffentlichen Kommunikation die Agenda bestimmten.

Insbesondere das in der öffentlichen Diskussion federführende BVET als auch die den drei Bundesämtern angegliederte BSE-Einheit verfolgen dabei eine proaktive, transparente Kommunikationsstrategie, die sich auf folgende Elemente stützt (Geiser 2001, BVET 2004):

**Proaktives Handeln:** Entscheidend ist, dass die Risikokommunikation nicht erst beim Ausbruch der Krise einsetzt, sondern so früh wie möglich.

**Keine Geheimhaltung:** In der Schweiz besitzen Transparenz und Offenheit hohe Bedeutung. Dies äußert sich darin, dass in den zuständigen Stellen nicht überlegt wird ob eine Information kommuniziert wird, sondern wie diese kommuniziert wird. Dies belegt auch das geplante Öffentlichkeitsgesetz, das sich seit 2003 in einem laufenden Gesetzgebungsverfahren befindet. Das Gesetz sieht einen Wechsel vom Grundsatz der Geheimhaltung zum Öffentlichkeitsprinzip vor. Mit diesem Gesetz soll jede Person das Recht auf Zugang zu amtlichen Dokumenten erhalten. Obwohl das Gesetz bis heute noch nicht beschlossen ist, berief sich die BSE-Einheit bereits 2003 darauf. (BSE-Einheit 2003)

**Regelmäßigkeit:** Auch in Phasen, in denen die BSE-Diskussion mangels neuer Informationen oder Vermutungen abflaut, wird kommuniziert. Es werden regelmäßig Hintergrundinformationen bereitgestellt. Diese Kontinuität in der Wissens- und Informationsvermittlung dürfte die Glaubwürdigkeit der Ämter unterstützen.

**Herstellung von Vertrauen durch Vermittlung von Glaubwürdigkeit:** Vertrauen ist eine Folge von Glaubwürdigkeit und ein zentraler Punkt in der Risikokommunikation, da sich daran die Reaktionen der beteiligten AkteurInnen (ProduzentInnen, Medien, ...) und insbesondere der KonsumentInnen orientieren. Die Herstellung von Glaubwürdigkeit erwies sich im Schweizer Beispiel zudem als grenzüberschreitende Notwendigkeit. So hat sich die deutsche Verheimlichungsstrategie in der Schweiz nachteilig ausgewirkt. Sobald die ersten deutschen BSE-Fälle auftraten, wurde die Schweizer Bevölkerung durch die deutsche Krise verunsichert, was sich durch den Einbruch des Schweizer Rindfleischmarktes bemerkbar machte.

**Abgestimmtes Vorgehen:** Um widersprüchliche Aussagen der Behörden zu vermeiden, ist es wichtig, mit einer Stimme zu sprechen und – wenn möglich – nur eine Stimme sprechen zu lassen.

**Partizipation:** Das BVET hält alle zwei Jahre Round Tables ab, zu denen Organisationen eingeladen werden, die mit BSE beschäftigt sind<sup>18</sup>. Die BSE-Einheit führt Bestandsaufnahmen der Problemlagen durch und erarbeitet gemeinsam mit den Betroffenen Lösungen.

**Vielfältige Mittel der Kommunikation:** Kommuniziert wird via Medien (auch Inseratenkampagne), Internet, Publikationen und eigenem Magazin, Hotlines, auch persönlich auf Ausstellungen und Messen.

**Personalressourcen:** Im BVET existiert eine eigene Stelle nur für BSE-Kommunikation. Im Bundesamt für Gesundheit wurden ebenfalls Personalressourcen für die Kommunikation zu Creutzfeld-Jakob abgestellt. Im Bundesamt für Landwirtschaft gibt es eine Mitarbeiterin die allgemein für Kommunikation zuständig ist.

---

<sup>18</sup> Die Round Tables sind nicht unumstritten, da nicht alle AkteurInnen gleichermaßen die Möglichkeit erhalten, zum Thema Stellung zu nehmen, und auch nicht alle AkteurInnen dazu eingeladen werden.

### 6.2.1 Herstellung von Vertrauen

Die Herstellung von Vertrauen ist in wesentlicher Teil der Risikokommunikation.

Während in Deutschland beim ersten Auftreten von BSE versucht wurde abzuwehren, hat sich die Schweiz bereits kurz nach ihren ersten BSE-Fällen für Transparenz und proaktive Kommunikation entschieden. Kennzeichnend für die interviewten Schweizer Organisationen ist ein großes Vertrauen in die Behörden (auch wenn sie nicht mit allen Maßnahmen einverstanden waren), für das verschiedene Gründe angeführt werden können. Einerseits bewirkt der offene und transparente Umgang mit dem Thema und die glaubwürdige Kommunikation von Informationen, aber auch der Einbezug unterschiedlicher AkteurInnen bei der Erarbeitung von Maßnahmen, dass Vertrauen entsteht und gefestigt werden kann.

Zusätzlich verfügt die Schweiz über eine gänzlich andere demokratische Struktur als andere europäische Länder. Das Schweizer Volk (der Souverän) ist nicht nur laut Bundesverfassung die oberste politische Instanz, es existiert auch ein entsprechendes Selbstverständnis der BürgerInnen über direkt-demokratische Verfahren wie Initiativ-, Referendums- und Petitionsrechte<sup>19</sup>, auf das politische und verwaltungstechnische Geschehen Einfluss nehmen zu können, was auch im Hinblick auf die BSE-Krise von AkteurInnen als Handlungsoption gesehen wurde, falls aus ihrer Sicht die Behörden versagt hätten.

### 6.3 Struktureller und inhaltlicher Politikwandel

Strukturelle Änderungen in den zuständigen Behörden infolge der BSE-Krise wurden in der Schweiz im Vergleich zu Deutschland nur in geringem Maße durchgeführt. Als im Zuge einer EU-Inspektion 2000 festgestellt wurde, dass nach wie vor Lücken im Maßnahmenvollzug existieren, wurde auf Initiative der Schweizer Behörden 2001 von den drei für Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen zuständigen Bundesämtern BLW, BAG und BVET die sogenannte BSE-Einheit als Vollzugs- und Kontrollorgan des Bundes gegründet. Dies war eine für die Schweiz untypische Maßnahme, da üblicherweise die Kantone für den Maßnahmen-Vollzug zuständig waren. Sie wirkte sich zum Teil negativ auf die Akzeptanz der BSE-Einheit bei einigen im Umgang mit BSE relevanten AkteurInnen aus, da nicht an tragfähige Strukturen angeschlossen sondern diese übergegangen wurden (z.B. kantonale Veterinäre).

BSE konnte als Gelegenheitsstruktur für die Verankerung nachhaltiger Landwirtschaft in der Bundesverfassung genutzt werden. Es scheint jedoch nicht so, dass politische oder kommunikative Maßnahmen der Behörden für diese Initiative verantwortlich sind, sie entstand im Rahmen der sogenannten Kritischen Agrarallianz, in der sich kritische NGOs und landwirtschaftliche Verbände zusammen geschlossen hatten.

---

<sup>19</sup> Mittels Initiativrecht können die BürgerInnen einen Volksentscheid über eine von ihnen gewünschte Änderung der Bundesverfassung verlangen, durch das Referendumsrecht über einen Parlamentsentscheid im Nachhinein abstimmen („Bremse in der Hand des Volkes“) und durch das Petitionsrecht jederzeit Bitten, Anregungen und Beschwerden an die zuständigen Behörden zu richten, die üblicherweise auf jede Petition antworten.



## 6.4 Politikberatung durch ExpertInnen

Zur Verbesserung des Risikomanagements und der Risikokommunikation wurde bereits frühzeitig ExpertInnenwissen eingeholt und in Folge wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben. Bereits 1991 fand eine erste ExpertInnenreise nach England statt, die von den ProduzentInnen organisiert und von der Schweizer Botschaft unterstützt wurde. Die Ergebnisse der Reise wurden in einem Bericht an das BVET weitergeleitet.

1998 wurde vom Institut für Politikwissenschaft der Uni Zürich die Schweizerische BSE-Politik von 1986 bis 1997 untersucht. Festgestellt wurde, dass die ämterübergreifende Koordination der Maßnahmen und Informationsstrategien nach kurzer Anlaufzeit funktionierte, es bestünden aber Auffassungsunterschiede über die Einbeziehung der Kantone. Weiters wurde 1996 ein Maßnahmenplan ohne ausreichende Konsultation der Interessensvertretungen ausgearbeitet, dadurch fühlten sich diese auch nicht verpflichtet zu dessen Umsetzung beizutragen. Außerdem wurde festgestellt, dass die ständige Ausarbeitung neuer Maßnahmen bei der Bevölkerung eher Beunruhigung als Glaubwürdigkeit bewirkt habe. (Klöti et al. 1998)

Eine Konsequenz dieser Studie waren Weiterbildungsseminare für die Verwaltung, die inzwischen auch anderen gesellschaftliche Problemfeldern aufgreifen. (Klöti et al. 2002)

## 6.5 Ausblick

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Schweiz Vorbild für Deutschland sein kann im Hinblick auf die konsequente Risikokommunikationsstrategie, die im Zuge der BSE-Krise erarbeitet wurde und nach wie vor umgesetzt wird. Wenn für Deutschland ein zögerlicher und reaktiver Umgang mit Krisen a la BSE diagnostiziert wird, bietet eine solche Vorgangsweise eine positive Alternative. Zumal sich konsequente Kommunikation auch auf das Vertrauen auswirkt, das wiederum dafür nötig ist damit Maßnahmen mitgetragen werden.

Neben der Kommunikation sind natürlich auch andere Maßnahmen relevant, die sich konsequent an einem Vorsorgeprinzip orientieren müssen, ansonsten würde dies die Kommunikationsstrategie unterlaufen.

Eine Risikokommunikationsstrategie, die auch die Kommunikation von Nicht-Wissen umfasst, ist langfristig geeigneter als Verheimlichungsstrategien.

Auch wenn das Schweizer demokratische Modell ein Sonderfall ist, ist die Erfahrung doch interessant, dass sich die Schweizer BürgerInnen ihr Vertrauen in ihre Behörden unter anderem deshalb leisten, weil sie Reaktionsmöglichkeiten in der Hinterhand haben.

Somit kann das Schweizer Fallbeispiel einige Anstöße geben für eine Kommunikationsstrategie im Rahmen einer Ernährungswende in Deutschland.

## 7 Glossar

- BAB: born after the ban, Rinder die nach dem Totalverbot für die Tiermehlfütterung geboren wurden  
 BAG: Bundesamt für Gesundheit  
 BAWI: heute Seco = Staatssekretariat für Wirtschaft  
 BLW: Bundesamt für Landwirtschaft  
 BVET: Bundesamt für Veterinärwesen  
 IP: integrierte Produktion, eine landwirtschaftliche Wirtschaftsweise, die in Bezug auf Einsatz von Dünger und Spritzmitteln zwischen konventioneller und biologischer Produktion liegt  
 KF: Konsumentenforum, eine der vier größten KonsumentInnenorganisationen der Schweiz  
 NZZ: Neue Zürcher Zeitung  
 SBV: Schweizerischer Bauernverband, Dachverband  
 SKS: Stiftung für Konsumentenschutz, eine der vier größten KonsumentInnenorganisationen der Schweiz  
 SVV: Schweizer Vereinigung für Vegetarismus, NGO  
 VKMB: Vereinigung zum Schutz kleiner und mittlerer Bauern

## 8 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: BSE-Fälle nach Jahr des Auftretens (BVET 2005) .....	5
Abbildung 2: Preisverlauf von Rindfleischpreisen (Proviande 2003) .....	6
Abbildung 3: Anzahl der Nennungen der verschiedenen AkteurInnengruppen in der BSE-Berichterstattung der NZZ 06/2000 - 06/2001 .....	16

## 9 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Maßnahmen der Schweizer Regierung gegen BSE (BVET 2004) .....	7
--	---

## 10 Literatur

- ABI 2004: Homepage des Vereins, zugegriffen am 31.8.2004.  
 ABI 2004/1: Interview mit einem Vertreter des Vereins vom 30.6.2004.  
 APUG 2004: <http://www.apug.ch> zugegriffen am 6.9.2004  
 BAG 2004: <http://www.bag.admin.ch> zugegriffen am 6.9.2004  
 Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp, Frankfurt/M.  
 BLW 2001: Agrarbericht 2001, Beurteilung der Nachhaltigkeit. [www.blw.admin.ch](http://www.blw.admin.ch), Zugriff am 31.8.2004  
 BLW 2003: Agrarbericht 2003, Beurteilung der Nachhaltigkeit. [www.blw.admin.ch](http://www.blw.admin.ch), Zugriff am 31.8.2004  
 BLW 2004: <http://www.blw.admin.ch> zugegriffen am 6.9.2004  
 Bonfadelli, H./Kradolfer, E. 2000: Integriertes Projekt Gesellschaft I, Teilprojekt 3: Bildung und Öffentlichkeitsarbeit für eine nachhaltige Schweiz im Bereich Ernährung. [www.ipgesellschaft.ch](http://www.ipgesellschaft.ch), Zugriff am 7.2.2004.

- BSE-Einheit 2003: Interview mit der Leiterin der Kommunikation vom März 2003.
- BSE-JB 2003: Pressemitteilung zum Jahresbericht der BSE-Einheit, [www.bse-einheit.ch](http://www.bse-einheit.ch), vom 27.3.2003
- BSE-JB 2004: Pressemitteilung zum Jahresbericht der BSE-Einheit, [www.bse-einheit.ch](http://www.bse-einheit.ch), vom 29.6.2004
- Bundeskanzlei 2004: Der Bund kurz erklärt 2004, 26. Auflage März 2004.
- Bundesverfassung 1999: Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, vom 18. April 1999.
- BVET 2002: Runder Tisch über BSE in Bern. Medienmitteilung. [www.bvet.admin.ch](http://www.bvet.admin.ch), vom 25.1.2002.
- BVET 2003: Interview mit einer Mitarbeiterin der Abteilung Kommunikation vom 6.3.2003
- BVET 2004: Chronologie der Maßnahmen. Auszug aus den BSE-Webseiten des BVET ([www.bvet.admin.ch](http://www.bvet.admin.ch)), Zugriff am 30.8.2004
- BVET 2004/1: Die Kohortenkeulung. Informationsblatt von [www.bvet.admin.ch](http://www.bvet.admin.ch), Zugriff am 31.8.2004
- BVET 2004/2: Informationen des BVET auf [www.bvet.admin.ch](http://www.bvet.admin.ch), Zugriff im Dezember 2003
- BVET 2005: Informationen des BVET auf [www.bvet.admin.ch](http://www.bvet.admin.ch), Zugriff im Juni 2005
- BVET 2005/2: Risikokommunikation: Brücke zwischen Wissenschaft, Wahrnehmung und Politik. Vortrag von Ortwin Renn vom 19.1.2005, [www.bvet.ch](http://www.bvet.ch)
- BVET/BAG/BLW 1999: Risikoabschätzung BSE. [www.bvet.admin.ch](http://www.bvet.admin.ch), zugegriffen im September 2003
- Direktzahlungsverordnung 2003: Verordnung über die Direktzahlung an die Landwirtschaft 910.13, vom 7. Dezember 1998, Stand 30.12.2003. Schweiz.
- Douglas, M./Wildawski, A. 1982: Risk and Culture. Essay in the Selection of Technical and Environmental Dangers. University of California Press, Berkeley.
- EFSA 2003: Gutachten des Wissenschaftlichen Gremiums für biologische Gefahren der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit über eine wissenschaftliche Begründung der vorgeschlagenen Änderungen der datengestützten Ausfuhrregelungen und der Regelung zur Schlachtung von über 30 Monate alten Rindern (OTM-Regelung), die für das Vereinigte Königreich gelten. Zusammenfassung des Gutachtens, Anfrage Nr. EFSA-Q-2003-13, <http://www.efsa.eu.int> zugegriffen am 6.9.2004
- EU 2000: Entscheidung 2000/374/EG der Kommission vom 5. Juni 2000 zur Änderung der Entscheidung 98/272/EG über die epidemiologische Überwachung transmissibler spongiformer Enzephalopathien, Abl. L 135 vom 8.6.2000, S. 27
- EU 2002: Auszug aus dem Bericht über einen Kontrollbesuch des Lebensmittel- und Veterinäramtes in der Schweiz vom 13. bis 17. November 2000 hinsichtlich bestimmter Schutzmaßnahmen vor BSE. [http://europa.eu.int/comm/food/fs/inspections/vi/reports/switzerland/vi\\_rep\\_swit\\_1278-2000\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/food/fs/inspections/vi/reports/switzerland/vi_rep_swit_1278-2000_de.html), Zugriff am 10.3.2002
- EU 2004: <http://europa.eu.int>
- Evers, A./Nowotny, H. 1987: Über den Umgang mit Unsicherheit. Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Felt, U./Nowotny, H./Taschwer, K. 1995: Wissenschaftsforschung. Campus, Frankfurt/M.
- Geiser, F. 2001: Risikokommunikation bedeutet Vertrauen schaffen. In: BVET-Magazin 3/2001.
- GLI 2004: Homepage der Landwirtschaftsschule, zugegriffen am 31.8.2004.
- GLI 2004/1: Interview mit dem Direktor einer Landwirtschaftsschule vom 25.8.2004.
- Hirsch-Hadorn, G. 2002: Podiumsbeitrag zur Tagung "Nachhaltigkeit neu denken" im ISOE, [www.isoe.de](http://www.isoe.de) vom 9.7.2002
- IMW 2004: <http://www.cx.unibe.ch/imw/liprint-ch.htm> zugegriffen am 31.8.2004
- Interdepartementale Arbeitsgruppe "Vorsorgeprinzip" (2003): Das Vorsorgeprinzip aus schweizerischer und internationaler Sicht. Synthesepapier der interdepartementalen Arbeitsgruppe "Vorsorgeprinzip", August 2003. Bern. Veröffentlicht auf <http://www.bag.admin.ch/themen/weitere/vorsorge/d/>
- IP Gesellschaft 2000: Integriertes Projekt Gesellschaft I, [www.ipgesellschaft.ch](http://www.ipgesellschaft.ch), Zugriff am 7.2.2004.
- Irrgang, Bernhard (2002): .Natur als Ressource, Konsumgesellschaft und Langzeitverantwortung. Zur Philosophie nachhaltiger Entwicklung. Dresden, Thelem.
- kag 2004: <http://www.kagfreiland.ch> zugegriffen am 31.8.2004
- kag 2004/1: Leitbild der kagfreiland, <http://www.kagfreiland.ch> zugegriffen am 31.8.2004
- kag 2004/2: Interview mit einem Mitarbeiter von kagfreiland vom 29.1.2004

- KF 2004: <http://www.konsum.ch>, zugegriffen am 31.8.2004.
- KF 2004/1: Interview mit einer Mitarbeiterin des Konsumentenforums vom 24.8.2004.
- Klöti, U./Rüegg E./Widmer, T. 1998: BSE - eine Fallstudie. Schlussbericht. Institut für Politikwissenschaft Abteilung Innenpolitik/ Vergleichende Politik an der Universität Zürich; i.A. des Eidgenössischen Personalamts EPA.
- Klöti, U./Rüegg, E./Widmer, T./Moser, C. 2002: Veraltungsführung in politisch-gesellschaftlichen Spannungsfeldern (VEPOS). Onlinetext aus der FORIS-Datenbank vom 13.5.2002
- Limoges, C. 1993: Expert Knowledge and Decision-making in Controversy Contexts. In: Public Understanding of Science 2, 417-426.
- Mogalle, M. 2000: Wege zur Nachhaltigen Ernährung – eine Übersicht über die Forschungsergebnisse. Flyer von der Homepage [www.ipgesellschaft.ch](http://www.ipgesellschaft.ch), Zugriff am 7.2.2004.
- Nowotny, H./Eisikovic, R. 1990: Entstehung, Wahrnehmung und Umgang mit Risiken. Schweizerischer Wissenschaftsrat, Bern.
- OIE 2003: Terrestrial Animal Health Code 2003, Article 2.3.13.6 (Ziffer 3c), Article 2.3.13.17 (9c) und 2.3.13.5 (2b iii) <http://www.oie.int> zugegriffen am 6.9.2004
- Peters, H.P. 1994: Risikokommunikation in den Medien. In: Merten, K./Schmidt, S.J./Weischen, S. (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Prionics 2004: [www.prionics.ch](http://www.prionics.ch), Zugriff am 6.9.2004
- Proviande 2003: Der Fleischmarkt im Überblick 2003. [www.proviande.ch](http://www.proviande.ch).
- Rehaag, R./Waskow, F. 2005: Der BSE-Diskurs als Beispiel öffentlicher Ernährungskommunikation. Diskussionspapier Nr. 10, [www.ernaehrungswende.de](http://www.ernaehrungswende.de)
- RW 2000: <http://www.rinderwahnsinn.ch>, Homepage als Datei zugesendet vom Präsidenten des Vereins rinderwahnsinn.ch, Homepage Stand Ende 2000
- RW 2004: Interview mit einem Mitglied des Vereins [rinderwahn.ch](http://www.rinderwahn.ch) vom 28.1.2004
- SB 2004: <http://www.schweizerbauer.ch>, zugegriffen am 30.8.2004.
- SB 2004/1: Interview mit einem Mitarbeiter der Zeitung Schweizer Bauer vom 27.1.2004.
- SB 2005: [http://www.schweizerbauer.ch/htmls/artikel\\_33.html](http://www.schweizerbauer.ch/htmls/artikel_33.html), Zugriff am 7.7.2005
- SBV 2004: <http://www.bauernverband.ch>, zugegriffen am 31.8.2004.
- SBV 2004/1: Interview mit einem Mitarbeiter des Schweizerischen Bauernverbandes vom April 2004.
- Schweizer Bauer 2001: Kritische Agrarallianz: wenig Reformbedarf. Online-Artikel vom 25.4.2001.
- Schweizer Bauer 2003: AP 2007: Zwist um "Runden Tisch". Online Artikel vom 2.10.2003.
- SKS 2004: <http://www.konsumentenschutz.ch>, zugegriffen am 6.9.2004.
- SKS 2004/1: Interview mit einer Mitarbeiterin vom 24.8.2004.
- SPK 2003: Eintreten auf das Öffentlichkeitsgesetz ohne Begeisterung, Medienmitteilung der Staatspolitischen Kommission des Ständerates, 20. Mai 2003.
- Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet (1999): Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Beltz, Psychologie-Verl.-Union, Weinheim.
- SVV 2004: <http://www.vegetarismus.ch>, zugegriffen am 31.8.2004.
- SVV 2004/1: Interview mit einem Mitarbeiter der Schweizerischen Vereinigung für Vegetarismus vom 19.1.2004.
- SZ 04.05.2001: Süddeutsche Zeitung, zitiert aus dem Papier von Modul 4, das am MST im Juli 2004 vorgelegt wurde.
- Tierseuchenverordnung 1995: Tierseuchenverordnung vom 27. Juni 1995 916.401, Stand 29.6.2004. Schweiz.
- VO über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft 1999: Verordnung über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft 919.118, vom 7. Dezember 1998, Stand 26.1.1999. Schweiz.
- Weingart, Peter (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Velbrück, Weilerswist.

## Diskussionspapiere

Ergebnisse des Projekts „Ernährungswende – Strategien für sozial-ökologische Transformationen im gesellschaftlichen Handlungsfeld Umwelt-Ernährung-Gesundheit“ erscheinen in der Reihe Ernährungswende-Diskussionspapiere. Diese stehen, ebenso wie ausführliche Informationen zum Forschungsvorhaben, unter [www.ernaehrungswende.de](http://www.ernaehrungswende.de) kostenlos als pdf-Dateien zur Verfügung.

### Erschienene Diskussionspapiere/Materialienbände

- Nr. 1: Umwelt-Ernährung-Gesundheit. Beschreibung der Dynamiken eines gesellschaftlichen Handlungsfeldes, Februar 2004
- Nr. 2: Lebenszykluskosten für Ernährung 2000, Juli 2004
- Nr. 3: Ernährungsrisiken. Identifikation von Handlungsschwerpunkten, November 2004
- Nr. 4 Nachhaltige Ernährung. Ziele, Problemlagen und Handlungsbedarf im gesellschaftlichen Handlungsfeld Umwelt-Ernährung-Gesundheit, Juni 2005
- Nr. 5 Ernährungsstile – Ergebnisse einer quantitativen empirischen Untersuchung, März 2005
- Nr. 6 Ernährungspolitik nach der BSE-Krise – ein Politikfeld in Transformation, Dezember 2004
- Nr. 8 KonsumentInnenperspektive. Ein integrativer Forschungsansatz für sozial-ökologische Ernährungsforschung, August 2005
- Nr. 9 Der BSE-Diskurs als Beispiel politischer Ernährungskommunikation, Juni 2005
- Nr. 11 Handlungsoptionen für eine Ernährungswende. Stakeholder im Dialog. September 2005
- Nachhaltige Ernährung in Schulen. Fallbeispiele aus Österreich und Schweden. Juni 2005

### Diskussionspapiere in Vorbereitung

- Nr. 7 Herausforderungen einer Ernährungswende in Schulen: Handlungsfelder und Akteure
- Nr. 10 Lebenszyklen und Szenarien zur Ernährung aus ökologischer und ökonomischer Perspektive
- Nr. 12 Methoden der Ernährungsverhaltensforschung in Deutschland
- Nr. 13 Anforderungen an ein sozial-ökologisches Vorsorgekonzept für eine Ernährungswende

*Ernährungswende – Strategien für sozial-ökologische Transformationen im gesellschaftlichen Handlungsfeld Umwelt-Ernährung-Gesundheit* ist ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungsverbundes Ökoforum unter der Leitung des Öko-Instituts. Beteiligt sind folgende Verbundpartner:

- Öko-Institut e.V. – Institut für angewandte Ökologie
- Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)
- Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
- KATALYSE – Institut für angewandte Umweltforschung
- Österreichisches Ökologie Institut für angewandte Umweltforschung

Das Projekt wird im Rahmen des Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.